

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, S. Thiele, Emilienstraße 2.

# Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Mgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Mgr. per Quartal.

Zillial Expedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N.J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerksgenossenschaften.

### An die Parteigenossen.

Der Leipziger Polizeidirektor hat dem verantwortlichen Redakteur dieses Blattes eine Haftstrafe bis vier Wochen angedroht, falls noch einmal eine Aufforderung zu Sammlungen im „Volksstaat“ erlassen würde. Bis der Entscheid der oberen Behörde auf unsere Beschwerde eintrifft, müssen wir uns dem Wachtspruch fügen. Wir bitten daher die Parteigenossen, bis auf Weiteres in ihren Strife- und Maßregelungsberichten auf die uns vorläufig auferlegte Beschränkung Rücksicht zu nehmen.

Red. d. „Volksstaat.“

### Die soziale Frage und unsere Gesetzgeber.

Dem Frankfurter „Journal“ geht folgender Bericht aus Karlsruhe (d. d. 15 Febr.) zu:

Die soziale Frage bildete eins der gestrigen Beratungsthema der II. Kammer. Die liberale Partei hatte schon vor Weinachten die auf die soziale Frage bezügliche Interpellation eingebracht, zu deren Beantwortung sich der Handelsminister v. Dusch gestern bereit erklärte. Begründet wurde die Interpellation durch den Abg. Jungmann, der hierbei vorweg erklärte, es handle sich nicht um ein Parteinteresse, sondern um ein sachliches Interesse. Die Anfrage hatte zwei Theile:

1) Welches ist die Anzahl und die Lage der Arbeiter in Baden? 2) Sind der großherzoglichen Regierung soziale Mißstände bekannt geworden, zu deren Abheilung sie die Mitwirkung der Ständerversammlung in Anspruch zu nehmen gedenkt?

Ad 1) gibt der Handelsminister zahlreiche statistische Erhebungen; No. 2 verneint er. Frühere Beschwerden seien durch die Reichsgesetzgebung erledigt worden. Die Regierung sichere übrigens zu, die soziale Frage unangeseht im Auge zu behalten. Neumann (liberal) erklärte sich mit der Antwort der Regierung befriedigt, gab dann magere statistische Notizen über die Arbeiterverhältnisse des Wiesenthal und konstatierte, daß die Internationale dort allen Boden verloren habe (?), und in der nahen Schweiz ihre Konzentration halten müsse. Redner empfahl die Gründung von Arbeiterwohnungen, Bildungsvereinen und Schiedsgerichten. Staatsrath v. Baier erwähnt eine Flugchrift des Abgeordneten und Fabrikanten R. Müller, der beklagt habe, daß eine große Anzahl von Arbeitern dem rohesten Materialismus (?) anhängen, und dieselben als ein „Kindvieh“ bezeichnen, welche noch etwas glauben. Das sei es: der Unglaube sei an vielem Schuld, und an diesem Unglauben wiederum die Presse, welche die heiligsten Dinge in den Kreis ihrer kritischen Beleuchtung ziehe. Frömmigkeit (d. h. Unwissenheit R. d. B.) müsse wieder hergestellt werden, diese sei zu allen Dingen nöthig, sowohl zu dießseitigen als zu jenseitigen. Das stehe in der Bibel. Der Abg. Kiefer ist der Ansicht, die Interpellanten hätten sich die Sache gar zu leicht gemacht. Wenn man, wie der Abg. Neumann, der Regierung in dieser Sache vertraue, warum stelle man sie zur Rede? Statistisches Material könne Jeder bringen, das fördere keinen Schritt. (1) Mit dieser Behandlungweise setzten sich die Interpellanten dem Verdachte aus, als wollten sie sich für ihre Partei das Lob einer ganz ausgeführten Theilnahme an der Lage der arbeitenden Klassen erwerben und zeigen, daß die andern Parteien diese Theilnahme nicht haben. Dem gegenüber machte er aber darauf aufmerksam, daß gerade jene Partei es sei, deren Presse das Wort „Mißbürg“ erfunden und den Klassenhaß geschürt habe. Die Parteien sollen sich in dieser hochwichtigen Frage Konkurrenz machen, aber nicht mit Interpellationen, sondern mit Gesetzesvorschlägen. Auch die liberale Partei (1) erkenne an, daß mit der Selbsthilfe nicht alles gethan sei; auch der Staat müsse das Seine thun. Der Abg. Tritschler ist derselben Ansicht und glaubt, die Interpellation sei nur gestellt, um darzutun, daß die Kirche allein im Stande, die soziale Frage zu lösen. Dem gegenüber weist er darauf hin, was von Seiten der Arbeitgeber schon zur Verbesserung der Lage der Arbeiter in Bezug auf Unterrichts- und Krankenwesen, Unterricht etc. geschehen sei. Freilich erklärten die Heber und Schürer, die hinter den Arbeitern ständen, das alles nicht für genügend. Abg. Müller-Pforyzheim ist für Arbeiter gewesen und der Ansicht, die Lage der Arbeiter sei nicht so schlimm, als sie geschildert; das Schlimmste sei, daß sich die Arbeiter der Belehren (1) so schwer zugänglich zeigen. Daran seien die Führer schuld, die entweder unwissend oder übelwollend seien und vom Arbeitgeber nur als „Mißbürger“ und „Selbproy“ sprächen. Der Abg. Eller glaubt, durch eine gerechte Steuererhebung, Unterricht, direkte Wahlen und Baugenossenschaften würde die Lage der Arbeiter erleichtert und die Verschönerung der Stände angebahnt. Für direkte Staatshilfe ist der Redner nicht, sondern nur für Eingreifen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Daß sich die direkte Staatshilfe nicht bewähre, das hätten Vorkommnisse in Frankreich gezeigt. (2) Nach einem Schlussworte des Abg. Jungmann wird der Gegenstand verlassen.

Die badische Regierung, bekanntlich die „liberalste“ in Deutschland und ganz nach dem Herzen unserer national-liberalen Bourgeois, verneint also die Existenz sozialer Mißstände, mit denen die Gesetzgebung sich zu beschäftigen habe! Und die „liberale“ Majorität tritt dieser Ansicht bei, indem sie den „Gegenstand verläßt.“ Charakteristisch ist die Angst des „liberalen“ Hrn. Kiefer vor „statistischem Material“; dieselbe Angst äußerte sich auf „liberaler“ Seite in der sächsischen Kammer bei Gelegenheit der Debatte über das Dampfesselrevisions- resp. Fabrikinspektoren-Gesetz. (Siehe unten.) „Statistisches Material“ heißt Belastungsmaterial gegen die heutige Produktionsweise. Daß die badischen Arbeiter weder den Predigten der Pfaffen, noch der „Belehrung“ des „liberalen“ Confusionsraths Müller „zugänglich“ sind, nehmen wir mit Vergnügen ad acta. Was endlich der letzte Redner, der „liberale“ Hr. Eller, über mißglückte „Staats-hilfe“ in Frankreich gesagt, zeigt uns von Neuem, wie wenig die Bourgeoisie gewillt ist, der Wahrheit die Ehre zu geben. Hr. Eller spielte offenbar auf die Nationalwerftstätten nach der Februarrevolution an, und suchte auf der hundertmal wiederlegten Tendenzläge, daß dieselben einen sozialistischen Charakter gehabt hätten, während sie umgekehrt zur Bekämpfung des Sozialismus gegründet worden sind. — Im sächsischen Landtag erklärte der Minister des Innern von Kostitz-Wallwitz anlässlich eines Regierungsantrags auf Vermehrung der Gensdarmen, die sächsische Bevölkerung

habe einen „ordentlichen und geschriebenen Sinn“, aber „die Sozialdemokratie säe in Wort und Schrift Haß und Verachtung“; „die Regierung werde ihr nach wie vor mit Energie entgegen treten,“ allein dazu brauche sie „mehr Gensdarmen.“ Die Kammer genehmigte nach kurzer Debatte die „mehr Gensdarmen“, 50 (fünfzig) ganze Mann! Wir wollen nun abwarten, wie Hr. von Kostitz-Wallwitz „die Gesellschaft rettet.“ Einweilen wird die Sozialdemokratie fortfahren, „Haß und Verachtung zu säen“ gegen Alles, was Haß und Verachtung verdient, und sie giebt sich sogar der frevelhaften Hoffnung hin, daß selbst ein Herr von Kostitz-Wallwitz mit der Zeit einsehen wird, daß 50, und auch 500,000 Gensdarmen nicht hinreichen, die soziale Frage aus der Welt zu schaffen. Sozialisten einstecken ist zwar leichter, als die soziale Frage studieren, allein leider hilft's auch nichts, und wenn Hr. von Kostitz-Wallwitz nicht kläglichen Schiffbruch leiden will, wird er sich doch noch, wohl oder übel, auf die Hosen zu setzen haben. Die nöthigen Bücher und Broschüren sind von der Expedition dieses Blattes zu beziehen, der wir Auftrag gegeben haben, dem Herrn Minister ein Verzeichniß derselben franco zuzustellen.

### Politische Uebersicht.

Stieber lebt noch. Die offiziöse Leibcorrespondenz\*, Bismarck's, die sogenannte „Correspondenz Stern“, bringt folgende Nordgeschichte:

„Die Polizei soll Individuen auf der Spur sein, welche das Leben des Reichskanzlers bedrohen. Wenn gebildete Männer Anklagen schleudern, denen zufolge Kaiser Bismarck den Bestand des Christenthums antaste, da ist es nicht zu verwundern, daß sich ungebildete Fanatiker finden, welche in Gottes Namen darauf ausgehen, den bösen Feind aus dem Wege zu räumen. In den Gewohnheiten des Reichskanzlers ist, wie man in Berlin täglich wahrnehmen kann, keine Aenderung eingetreten, welche erkennen ließe, daß der Kaiser sich durch Warnungen, die seine Person betreffen, bestimmen läßt.“

In den „Gewohnheiten“ des heldenmüthigen Reichskanzlers ist insofern keine Veränderung eingetreten, als er an seinem „historischen“ Panzer hartnäckig festhält. Daß diesmal die Jesuiten herhalten müssen, ist durch die Nothwendigkeit geboten, den jüngsten Karnevalsrummel aufzupuffen, und den Biderwillen des Herrenhauses gegen das Wähler'sche Schulaufsichtsgesetz zu überwinden.

(Zeit Obiges geschrieben, hat die Entdeckung eines Bismarckmörders, Attentäters glücklich stattgefunden. Es ist ein Apothekergeselle aus Posen, Katholik\*\*), den ein Spion in seiner Vaterstadt drohen hörte, „es werde in Berlin bald Alles anders werden.“ „Glücklicherweise nicht unbeachtet“, d. h. von Spionen insgeheim verfolgt, reiste er neulich von Posen nach Berlin, stieg bei seinem Knapenwater, dem Küster der Hedwigskirche ab, und wurde dort von der öffentlichen Polizei, die nun zur Rettung des Reichskanzlerischen Lebens einmarschiren, mißt, verhaftet; im Besitz des schrecklichen Apothekers fand man ein — Terzerol! Als ob Cohen den das national-liberal-republikanische Staatswäschen Blind in London fälschlich als Sohn anmeltern möchte) nicht schon vor fast 6 Jahren den Beweis geliefert hätte, daß der Panzer des „Eisernen“ für solche Sackpuffer undurchdringlich ist! — Uebrigens sei noch bemerkt, daß, wie wir aus Notizen in den Berliner Blättern erfahren, Hr. Stieber in Person die Nordgeschichte in Szene gesetzt hat. —

Der in Berlin tagende landwirthschaftliche Kongreß, auf dem hauptsächlich die Deutschen Großgrundbesitzer vertreten sind, hat folgenden Antrag angenommen:

„Der Kongreß wolle durch seinen Ausschuß eine aus sieben Mitgliedern bestehende Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage der ländlichen Arbeiterklasse und Berichterstattung darüber an den nächsthörigen Kongreß ernennen.“

Motive: Die soziale Frage oder die Frage: „Wie ist den arbeitenden Klassen ein mit dem steigenden Nationalreichthum mitsteigender Lohn zu sichern?“ hat sich immer mehr in den Vordergrund gedrängt und ist gegenwärtig Gegenstand amtlicher Untersuchungen in Deutschland, Nordamerika und Frankreich geworden. Es ist wahrscheinlich, daß die Erfüllung der in dieser Frage liegenden Forderung nur durch Maßregeln erreicht werden kann, die vom Staate ausgehend, ihre Hebel nicht nur an dem Einzelbetriebe oder auch nur an den verschiedenen Arbeiterklassen je besonders, sondern an dem national-wirtschaftlichen Zustande im Ganzen ansetzen. Aber wie dem sein mag, jedenfalls ist die Erforschung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen eine unumgängliche Vorbedingung eines gedeihlichen Resultates jener amtlichen Untersuchungen. Die hoch ist heute der Arbeitslohn, an den realen Wätern des Lebens gemessen? Ist dieser Reallohn vielleicht gar gefallen, während der Geldlohn gestiegen und das erste Nationalökonomieverhältnismäßig auch gestiegen ist? — Diese Erforschung, die unumgänglich den zu ergreifenden staatlichen Maßregeln vorangehen muß, kann aber allerdings, ja muß an den verschiedenen Arbeiterklassen je besonders vorgenommen werden; sie an den länd-

\*) Unter „Correspondenzen“ versteht man die (in der Regel lithographirten oder autographirten) nicht direkt für das Publikum sondern zum Abdruck für die Zeitungen bestimmten Blätter. So gab es bis zum Ausbruch des Krieges eine „Demokratische Correspondenz“ (redigirt von dem weiland Demokraten Frese in Stuttgart), gibt es in Berlin eine „liberale Correspondenz“ (L.C.), eine offizielle „Provinzialcorrespondenz“ und eine offiziöse „Correspondenz Stern“; die „Provinzialcorrespondenz“ verhält sich zur „Correspondenz Stern“ wie der „Staatsanzeiger“ zur „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

\*\*) „Janaischer“ Katholik sagt der Polizeibericht, und fügt als besonders gravirenden Umstand bei, der should-be-Sollte sein: Attentäter habe weiland unter den päpstlichen Juaven gedient — was beiläufig auch ein Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gethan hat, ohne daß dieser oder gar das Bismarck'sche Leibblatt deshalb dem Hrn. Stieber verdächtig geworden wäre.

lichen Arbeiterklassen vorzunehmen, ist durch die allgemeine Dringlichkeit der sozialen Frage ebenfalls dringend geboten, liegt in der natürlichen Kompetenz eines Kongresses deutscher Landwirthe und ist seiner großen Aufgabe auch sicherlich würdig.“

Gestellt war der Antrag von R. Meyer, Robbertus-Jagebow, und Schuhmacher-Zachlin, und unterstützt von:

J. Neumann-Posegnik, Wilmans, Vetter Greifswald, Scherz-Krenzltn, Graf Winkingerode, Prof. Richter-Lharand, v. Stein-Rochberg, H. A. Buck, Jacobs-Treskow, Seiler, Ferd. Knauer, v. Bedell-Malchow, Professor Orth-Berlin, A. G. Siemssen-Vogberg, Held-Kindersfreude.

Wenn wir auch trotz des unter dem Antrag stehenden Namens von Robbertus die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Herren Großgrundbesitzer wesentlich als politisches Mandat betrachten müssen, so ist doch immerhin die Annahme eines solchen Antrags ein bedeutsames Zeichen der Zeit. Was auch die Motive sein mögen, die Dringlichkeit der sozialen Frage ist durch diesen Schritt anerkannt. —

Die sächsische Ständekammer hat den Antrag der Regierung betr. die Vermehrung der Dampfesselrevisoren und deren Verwendung als Fabrikinspektoren angenommen. Derselbe lautet:

1. die Zahl der Dampfesselrevisionsbezirke wird zunächst auf 4 vermehrt;
2. bei Anstellung der Revisoren wird das bisherige Princip der Behandlung des Revisionsgeschäfts als Nebengeschäft thunlichst verlassen und darnach die Stellung der zu diesem Geschäft zu wählenden maschinenbaukundigen Techniker bemessen;
3. man macht den Versuch, die Dampfesselrevisionsbeamten zugleich als Aufsichtsbeamte (Fabrikinspektoren) in Bezug auf die Bestimmungen der Gewerbeordnung wegen Beschäftigung von Kindern in den Fabriken und zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und Leben, zu benutzen.

Mit der Debatte über diesen Antrag beschäftigen wir uns in nächster Nummer.

Düsseldorf. Zu einer Versammlung in München-Grabbach war ich als Recensent eingeladen, um über die Principien der Internationalen zu sprechen. — Der Bericht darüber in der hiesigen „Freien Zeitung“ ist einseitig und gefälscht. Es heißt daselbst: „Nademann beleuchtete die Principien oder vielmehr die Principienlosigkeit der Internationalen.“ Wie der Bevollmächtigte Saurer, dessen Name mit unerschrockener Kühnheit, dazu kommt, begreife ich nicht. Die Arbeiter Grabbach erden es mir bezeugen, daß ich in der Einleitung folgendes bemerkte:

„Wenn ich über die Principien der Internationalen spreche und Sie mit einem Borurtheil gegen dieselbe hier anwesend sind, so werden Sie von Anfang schon sagen: „das ist ein „Ereißer“;“ (em ist nicht so; einweilen „höre ich aktiv zu keiner Partei, die jetzt gehöret ist zur Partei Hasentöler, habe mich aber kürzlich durch das schenliche Geschimpf des „Neuen Sozialdemokrat“, besonders bei der Rede Bebel's im Reichstag, die jeder vernünftige Mann acceptiren muß, freieren lassen. Für die Agitation des Herrn Wende bin ich deshalb eingetreten, weil die Forderung an den Staat in Betreff der Nationalbank“, so wie die Einigung der Deutschen Arbeiter gerecht und vernünftig ist. Ich werde nie mehr zu herrschlichen Jockern eines Einzelnen agitiere; kämpfen wir für das Recht der Arbeit, aber nicht zum Vergnügen Einzelner.“ Ich erinnerte hier an die Worte des griechischen Weisen: „Erkenne dich selbst,“ erklärte unser Pro-tamm und das der Internationalen, und wies nach, daß sie wesentlich ein und dasselbe sind, und daß nur der Perionenkultus die Schuld trägt, weshalb die Arbeiter nicht unter einander einig sind.

Zum Schluß machte ich auf die Organe der Partei aufmerksam und rügte, daß man in der Versammlung am 14. Dezember vorigen Jahres in Grabbach den „Neuen Sozialdemokrat“ so wie den „Volksstaat“ verdammt habe; ich erinnerte, man möge nicht in die Zeit der Priester-Herrschaft zurückfallen, wo Alles, was dieser Klasse nicht in den Kram paßte, verdammt und verbrannt wurde. Ich habe aufgefordert, nächst der „Freien Zeitung“ zuerst den „Volksstaat“ zu lesen, und — wer es kann — auch den „Sozialdemokrat“, nur dann erst kann man ein Urtheil über die Sache fällen; denn das wird Jeder begreifen, daß bei einem Verein mit einem Präsidenten, der über das Organ zu verfügen hat, dasselbe stets im Interesse des Präsidenten schreibt und denselben lobhudelt. Da ich bis dato den „Sozialdemokrat“ und den „Volksstaat“ gelesen, so konnte ich nur über diese beiden Blätter urtheilen. Ich erklärte also folgendes: Der „Sozialdemokrat“ schreibt, wie es der unselbstbare Präsident haben will, im Uebrigem schimpft das Organ auf alle diejenigen, die nicht blind sich seiner Unselbstbarkeit unterwerfen; der „Volksstaat“ ist ein belehrendes demokratisches Blatt. Hierauf nahm Herr Schwiers aus Grabbach das Wort und bewies, daß die „Freie Zeitung“ dieselben Tugenden an sich habe wie der „Sozialdemokrat“. Es wurde eine Resolution gefaßt: an die drei Organe zu schreiben, in Zukunft nicht mehr von einzelnen Neuen Schmäh-artikeln in Privatangelegenheiten aufzunehmen, und nur solche Berichte über Volksversammlungen, die von dem Vorsitzenden unterzeichnet sind, abzugeben. Diese Resolution hat man in der „Freien Zeitung“ nicht eintriften lassen, die Resolution, die in genanntem Blatt steht, ist in der Versammlung nicht beschloßen; wohl aber hat die Versammlung beschloßen, den „Sozialdemokrat“ aufzufordern, die Lügen des R. Stöber zu widerrufen.

Meine Idee ist die: Es ist in ganz gleich, ob die Partei Hasentöler, Wende oder die Eisenacher die Versammlung einberuft; wenn nur auf der Tagesordnung „die Principien der Sozialdemokratie“ steht, so bin ich bereit, allenthalben, wo es verlangt wird, einzutreten und zu kämpfen für das Recht der Arbeit, nie aber werde ich für einzelne Personen oder in persönliche Streitigkeiten mich einlassen. Als aktives Mitglied kann und werde ich mich nie anders als dem Internationalen Programm anschließen; ein jeder vernünftiger (nicht fanatischer) Arbeiter muß einsehen, daß die soziale Frage nur durch das internationale Zusammenwirken aller europäischen Cultur-Staaten zum Ziele gelangen wird.

Mit demokratischem Gruß.

B. Nademann,

Düsseldorf, Kurze Str. 14.

R. d. B.

\*) Doch nicht an den heutigen „Staat“?

### Der „wahre Demokrat“ als Polizeidirektor.

In Nr. 100 und 102 d. Bl. von vor. Jahre haben wir anlässlich der Maßregelungen, welche die Leipziger Polizei vor 2 Monaten gegen die Sozialdemokratische Partei anzuwenden beliebte, uns ein wenig mit dem Chef der genannten Behörde, Herrn Dr. Räder, beschäftigt, indem wir nachwiesen, wie dieser Beamte, welcher seine durch das Vertrauen der Mitbürger erhaltene Stellung nur seinem 48er Demokraten-Rufe verdankt, selbst die bescheidensten Erwartungen seiner Wähler\*) getäuscht hat, indem er — „noch katholischer als der Papsi“ — nicht bloß die reaktionärsten Gesetze der von ihm jahrelang bekämpften Verfassung in ausgedehntester Weise zur Geltung bringt, sondern sogar ihnen bisweilen eine so willkürliche Auslegung giebt, daß selbst Kreisdirektion und Ministerium ihn desabouiren müssen. Man hatte nun vielerseits geglaubt, daß die Blamage, welche Herr Räder durch die ihn zurechtweisenden Beschlüsse der Oberbehörden in Sachen Liebknecht's (Aufsorderung zu Sammlungen, was Herr Räder mit 8 Tagen Haft belegen wollte) erlitten, sowie die rücksichtslose Verurteilung seiner Amtsführung in der Dresdener zweiten Kammer dem Unterdrückungsseifer des gewaltigen Herrn Ex-Demokraten einen Dämpfer aufsetzen werde. Indes weit gefehlt. Herr Räder maßregelt mit ungeschwächter Lust fort. In voriger Woche wurde der verantwortliche Redakteur d. Bl. wegen Aufforderung zu Sammlungen im Artikel „Unsere politische Gemahregelungen“ (s. Nr. 11 d. Bl.) vom Polizeidirektorium zu vierzehntägiger Haft verurtheilt. Es ist natürlich Keiner erhoben worden und alle Wahrscheinlichkeit für den glänzligen Erfolg desselben vorhanden.

Weiter: das Inzerat in Nr. 13 d. Bl., in welchem B. Fink Statuten und Mitgliedsmarken der Internationalen zum Verkauf bietet, veranlaßte das Polizeiamt, dem Genannten eine Vorladung zuzuschicken mit dem Befehle, „den Nachweis über den von Herrn Marx erhaltenen Auftrag zum Vertrieb der Statuten u., sowie die sonst von dem selben hergesandten Druckschriften mitzubringen.“

Man wäre leicht versucht, zu glauben, daß Herr Räder bei den Gottentöten sich seine Rechtskenntnisse erworben habe, denn ein so ungerechtfertigtes Ansinnen, wie das von ihm an Fink gestellte, findet nicht in einem einzigen Paragraphen des ganzen Gesetzbuches einen Rückhalt. Jedermann weiß, daß das öffentliche Feilbieten und der Verkauf von Statuten und Mitgliedsmarken einer nicht verbotenen Gesellschaft, auf Grund des Gewerbefreiheitsgesetzes, ebenso erlaubt ist wie der Verkauf von Stecknadeln und Streichhölzern; und ebensowenig wie das Letztere einer polizeilichen Genehmigung bedarf, erheischt es das Erstere.

Noch mehr: selbst wenn durch irgend ein (uns vorläufig gar nicht denkbare) Urteil die Mitgliedschaft der Internationalen als gesetzwidrig verboten wäre, hätte die obige Vorladung noch immer keinen Sinn. Denn die Behörde kann wohl den Zuwiderhandelnden fragen: „Woher haben Sie diese verbotenen Statuten u. s. w.“ — eine Frage übrigens, deren Beantwortung auch keineswegs durch Zwang herbeigeführt werden darf —, nimmermehr aber kann die Behörde sagen: „Führen Sie den „Nachweis“, daß Sie die Gegenstände von X. in N. erhalten haben.“ Der Ankläger hat den Beweis zu führen, für das, was er behauptet, nicht aber der Angeklagte die Verpflichtung, sich auf einen völlig ungegründeten Verdacht hin reinzuwaschen. Angenommen also den ebenso unwirklichen wie unmöglichen Fall, daß die Mitgliedschaft der Internationalen gesetzlich verboten wäre, so hätte darum Herr Räder noch immer kein Recht, zu verlangen, daß man „nachweise“, von Marx die Statuten u. s. w. erhalten zu haben. Vielmehr muß Herr Räder, wenn er glaubt, daß der Grad des Verbrecherischen in dem Verkauf der fraglichen Statuten dadurch noch erhöht wird, daß sie von Marx geschickt worden sind, selber „nachweisen“, daß sie von Marx herrühren. Herr Räder hat also einen kolossalen Bock geschossen; er hat nicht bloß, wie schon manchmal, in exorbitanter Weise seine Amtsbefugnisse überschritten, nicht bloß, wie schon manchmal, eine für einen Beamten beschämende Gesetzkennntnis bewiesen, sondern auch gezeigt, daß sein Gehirn der Auffassung von Rechtsbegriffen unzugänglich ist, über welche alle Welt schon lange einig ist. Wir wären gar nicht in der Lage, dieses Verfahren eines hochgestellten Beamten, der noch dazu ein studierter Jurist ist, zu begreifen, wenn Herr Räder nicht selber unserm Verständnis zu Hilfe käme. In den von ihm redigierten Robert Blum'schen „Vaterlandsblättern“ heißt es nämlich Seite 605, „Jahrgang 1848:

„Es giebt leider in allen Staaten noch solche Beamte aus der alten Schule, die die neue Zeit und ihren Grundsat, daß Alles erlaubt, was nicht verboten, nicht begreifen können, und wenn man ihnen dieselbe mit einem Nürnberger Trichter in ihren dicken Schädel hineinstülptrite.“

So schrieb vor 24 Jahren Herr Räder. Wir können beiläufig zur Illustration dieses Renegaten, der auf Seite 666 und 689 definiert, was „wahre Demokratie“ ist, noch viel erbaulichere Stellen aus den „Vaterlandsblättern“ mittheilen: Seite 605 heißt es bezüglich der Auflösung und des Verbots von Vereinen und Versammlungen wie folgt:

„In Berlin verhandelt die Nationalversammlung über Mittel, „unerlaubte Volksversammlungen und Zusammenrottungen“ zu verhindern, d. h. dem alten Polizeistaat sich wieder zu nähern.

„In Bayern sind die „demokratischen Vereine“ ebenfalls verboten worden. Sie bezwecken, heißt es in der betr. Verordnung, die Einführung einer demokratischen Republik, also die Aufhebung der Selbstständigkeit der einzelnen deutschen Staaten.“

„Dadurch sei ihr staatsverrätherischer Charakter nach den bairischen Strafgesetzen zur Genüge bezeichnet. Die Schlüsse sind etwas sehr lähn. Und was helfen alle solche Verbote? Die Meinung, die einmal vorhanden ist, rotten sie doch nicht aus. Sie wird unter einem andern Namen in Vereinen zusammenzutreten und ihr Ziel, nur etwas verdeckter, zu verfolgen suchen.“

Ist Herr Räder wirklich so schwachsinzig, daß er nicht im Stande ist, sich die letzten Zeilen aus dem „Demokratischen“ ins „Sozialdemokratische“ zu übersetzen? Können wir nicht seine eigenen Worte gegen ihn zu Felde führen, indem wir ihm, der unsere Parteiversammlungen verboten hat, zurufen: „Was helfen alle solche Verbote?“ Die Meinung, die einmal vorhanden ist, rotten sie doch nicht aus. Sie wird unter einem andern Namen in Vereinen zusammenzutreten und ihr Ziel, nur etwas verdeckter, zu verfolgen suchen.“

\*) In Leipzig ist die Polizei nicht königlich, sondern sächsisch; als Polizeidirektor fungirt ein vom Stadtverordnetenkollegium hierzu ernannter Stadtrath.

Noch energischer spricht sich für die Gedankenfreiheit ein Artikel auf Seite 708 aus, welcher zugleich eine Verherrlichung der Macht der Idee enthält. Es heißt da:

„Die Macht der Idee der Renzeit drängt unaufhaltsam zur Erfüllung gerechter Forderungen; der Macht der öffentlichen Meinung und der Gewalt der entsefelten Presse kann auf die Dauer Niemand Widerstand leisten, keine Forderung wird verlagert werden, der Wille des Volks regiert und die Regierung vollzieht. Das ist der Standpunkt, auf welchem die Renzeit steht. Die Verfolgung unserer Zwecke wird nicht durch Persönlichkeiten gehindert.“

„Des, wie man nicht mit Unrecht sagt, nichtsnutzigen, servilsten Zusammenwurfes von zum Theil vor neun Jahren gewählten Abgeordneten, den unwahrscheinlichen Produkten des verdorbenen und schlechtesten Wahlgesezes, das Deutschland kennt, welche in feudalistischen Kammern sitzen, werden wir bald entledigt sein — und dann wird es am Volke liegen, wenn es sich keine besseren Organe für seinen Willen schafft. . . . Der Wille des Volks ist das höchste Gesetz, aber nur der verfassungsmäßige Wille. Der Wille, der auf anderem Wege zur Geltung kommt, ist Revolution. Der Sieg der Revolution ist glorreich, aber der Niederlage öffnet sich das Zuchtthaus. Nehmen wir die Würfel nicht auf! Dr. R. R.“

„Dr. R. R.“ ist natürlich: Dr. Rudolf Räder, der Held unseres Stückes. — Mit wie viel Injurienlagen würde übrigens Herr Räder Den bedenken, der sich gegen ihn die Ausdrücke „nichtsnutzig“, „servil“, „perfid“ erlaubte? —

Doch weiter. Es ist bekannt, wie eifervoll Herr Räder die Ausweisung Most's aus Leipzig verfiigte und aufrecht zu erhalten suchte, — wenn auch vergebens, indem er an der besseren Gesetzkennntnis seiner Vorgesetzten Schiffbruch litt. Wie aber Herr Räder vor 24 Jahren über polizeiliche Ausweisung dachte, darüber belehrt uns Seite 628 der „Vaterlandsblätter“:

„In Köln ist ein Herr Schapper, Mitarbeiter der „Neuen Rheinischen Zeitung“, ausgewiesen worden, weil er ein thätiges Mitglied des Arbeitervereins und doch „kein preussischer Unterthan“, sondern ein Kassauer Bürger ist. Man meinte, mit der deutschen „Ausländererei“ würde es zu Ende sein, wenn die deutsche Nationalversammlung besämannen wäre. Sie hat ein unermessliches Leben, und allem Anschein nach wird sie, selbst wenn sie gestorben ist, noch als Leiche herumspazieren und Spul und Spettakel machen.“

Herr Räder, was gäben Sie wohl darum, wenn diese Zeilen und noch vieles Andere — überhaupt Alles, was oben citirt worden ist — aus dem Reiche dieser Welt geschafft werden könnte? Vor 24 Jahren donnerwetterten Sie darüber, daß der Kassauer Schapper aus Köln ausgewiesen wurde, vor 1/4 Jahren wiesen Sie selber den Bayer Most aus Leipzig aus. Und wie viel weniger entschuldbar ist Ihre That, als weiland die der preussischen Polizei. Preußen, welches die Nationalversammlung nur en canaille behandelte, hatte damals den Begriff der „Ausländererei“ noch weniger aufgegeben als heute; Sie aber sind bereits vor 24 Jahren „Großdeutscher“ gewesen, und haben trotzdem im vorigen Jahre den Begriff der „Ausländererei“ noch festgehalten, obendrein nachdem die sogen. „deutsche Einheit“ bereits offiziell proklamiert war. — Herr Räder, Sie müssen ein gebornes Polizeigenie sein, daß Sie schon vor 24 Jahren die traurige Wahrheit voraussahen und voraussagten: „Die „Ausländererei“ hat ein unverwundliches Leben und allem Anschein nach wird sie, selbst wenn sie gestorben ist, noch als Leiche herumspazieren und Spul und Spettakel machen.“ Welche Fügung durch Gott! Der Autor jenes Sages ist selber der Strahlfänger, der die „Leiche“ hervorzieht, damit sie „Spul und Spettakel mache.“

Nachdem der vorstehende Artikel bereits im Say vollendet, finden wir (am 24. Feb.) im „Amtsblatt des Rathes“ der Stadt Leipzig folgende

### Bekanntmachung, die internationale Arbeiterassoziation betreffend.

Nach §. 20 des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1850, sind Vereine, in deren Zwecke es liegt, Gesetzesübertretungen zu begehen, dazu aufzufordern oder dazu geneigt zu machen, verboten. Da hier Versuche gemacht worden sind, für den in London unter dem Namen „Internationale Arbeiterassoziation“ bestehenden Verein Mitglieder anzuwerben, dieser Verein aber, welcher neben den ausgesprochenen Tendenzen in Wirklichkeit den Zweck verfolgt, die gesetzlich bestehende politische und soziale Organisation, namentlich der monarchischen Staaten, somit auch Deutschlands und der einzelnen Reichstheile, nötigenfalls in gewaltthätiger Weise zu beseitigen, in gleicher Weise an deren Stelle die sozialdemokratische Republik einzuführen, die sogenannte Arbeiterpartei in den Besitz der Staatsgewalt zu bringen und die gesetzlich bestehenden Zustände in Bezug auf Eigentum, Besitz und Erbrecht zu Gunsten dieser Partei umzugestalten, so wird das Anwerben für diesen Verein, das Leihen von Beiträgen für denselben, sowie die fernere Mitgliedschaft desselben hiermit allen der Jurisdiction des unterzeichneten Polizeiamts unterstellten Personen unter Hinwirkung auf die in §. 33 des Vereinsgesetzes angeordneten Strafen hiermit verboten.

Leipzig, den 23. Februar 1872.  
Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.  
Dr. Räder.

So wäre also die Internationale im Weichbild der guten Seestadt Leipzig (d. h. auf etwa einer Viertelquadratmeile) von dem furchtbaren St. Georg-Räder „todtgeschlagen“ — bis sie wieder lebendig wird.

In dem Urtheil des Wolfenbüttler Obergerichts, welches das kreisgerichtliche Erkenntnis gegen Bracke, Bonhorst, Spier und Kühn kassirt, ist die Annahme dieses Erkenntnisses, daß die zu Eisenach domicilirte sozialdemokratische Arbeiterpartei, gesetzwidrige Zwecke“ verfolge, beibehalten, und auf Grund derselben auch eine nominale Strafe ausgesprochen worden. Wie wir nun erfahren, konnte das Obergericht über diese Annahme kein Urtheil abgeben, weil dieselbe in den „Wahrspruch“ aufgenommen war, und das Obergericht sich bloß mit der Frage zu beschäftigen hatte, ob das auf diesen Wahrspruch gegründete Erkenntnis formell-juristisch korrekt sei. Da es nun aber für unsere Braunschweiger Parteigenossen von höchster Wichtigkeit ist, auch diesen reaktionären Ueberrest des kassirten Erkenntnisses zu beseitigen, so werden sie bei nächster Gelegenheit die hierzu geeigneten Schritte thun. Der „Braunschweiger Volksfreund“ schreibt in Nr. 43 hierüber: „Für die sozialdemokratische Arbeiterpartei, welche so wenig wie die internationale Arbeiterassoziation gesetzwidrige Zwecke verfolgt, wird es sich darum handeln, dies von den Gerichten anerkannt zu sehen. Zu dem Prozesse gegen Bracke und Genossen war die Herbeiführung eines anderen Wahrspruches unmöglich; es wird die Aufgabe der Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein, dadurch einen anderen Wahrspruch herbeizuführen, daß eine kleinere Anzahl von ihnen eine öffentliche Erklärung abgeben, in welcher sie sich als Mitglieder der gen. Partei sowohl wie der internationalen Arbeiterassoziation bekennen. Dann muß gegen sie eine neue Anklage erhoben und ein neuer Wahr-

spruch gefällt werden, und dann handelt es sich darum, mit aller Entschiedenheit die Anklage und die Annahme, als ob die genannten Arbeitervereinigungen gesetzwidrige Zwecke verfolgten, zu entkräften. Den passenden Zeitpunkt zu einer solchen Erklärung zu wählen wird ein Leichtes sein.“

### Internationale Gewerkschafts-Union zu Fürth.

In der Generalversammlung vom 18. Febr. wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

„In Erwägung, daß die Internationalen Gewerkschaften an den einzelnen Orten vereinzelt häufig zu schwach sind, agitatorisch zu wirken, oder der brutale Gewalt des Kapitals mit Erfolg entgegen zu wirken; daß bei der einen Gewerkschaft nicht selten tüchtige Kräfte fehlen, während die andre solche hat; daß nicht selten Eifersüchteleien und demzufolge Entzweiungen entstehen, wenn die Gewerkschaften vereinzelt bestehen und jede nur für sich arbeitet; daß sich hingegen die Solidarität und die Zusammengehörigkeit entwickelt, wenn förmliche Gewerkschaften in einer Union vereinigt sind; daß an kleineren Orten, wo es häufig unmöglich ist, Spezial-Gewerkschaften zu gründen, Gewerkschafts-Unionen leicht zu Stande zu bringen wären, und es doch unumgänglich nöthig ist, die Landbevölkerung in die Bewegung hereinzuizieen; daß die einzelnen Gewerkschaften nur ausnahmsweise im Stande sind, Generalversammlungen abzuhalten; während sie eine Macht repräsentiren würden, wenn sie in einer Gewerkschafts-Union vereinigt wären; —

Beschließt die Internationale Gewerkschafts-Union zu Fürth: Allen Internationalen Gewerkschaften dringend ans Herz zu legen, dahin zu wirken, daß über ganz Deutschland eine Gewerkschafts-Union baldmöglichst ins Leben tritt.

Es soll zu diesem Zweck jeder Gewerkschaftsbehörde ein Exemplar unserer Statuten zugesandt werden mit der Bitte, dieselben in Erwägung zu ziehen, und eine Generalversammlung sämtlicher Gewerkschaften bis Pfingsten, womöglich an einem Ort in der Mitte Deutschlands anzustreben.

Die Versammlung kann sich mit den Ausführungen des Herrn Mittlerer auf der Chemnitzer Landesversammlung nicht einverstanden erklären, denn die Bourgeois-Gesellschaften werden sich auf Rückversicherungen in Fällen von Arbeitermaßregelungen oder Arbeitsentlassungen nicht einlassen, und in Fällen von Krankheit, Unglück, Altersschwäche u. s. brauchen wir sie nicht; dazu sind sie uns zu kostspielig. Die Versammlung ist nicht damit einverstanden, die Bezeichnung „International“ zu beseitigen. Diese Bezeichnung ist der Polizei nur ein Vorwand, uns zu verfolgen; wenn man die gedachte Bezeichnung fallen läßt, wird die Polizei leicht einen andern Vorwand finden; um aber die Kranken- u. s. Kassen vor den Strahlen der Polizei zu wahren, dürfte es gut sein, eine besondere Verwaltung für dieselben einzuführen.

Ferner wurde beschlossen, eine Arbeits-, eine Arbeiterwohnungs- und eine Beschwerdestatistik einzurichten.

Die Adresse unseres II. Schriftführers ist jetzt: Alexanderstraße 3 in Fürth, und sind alle die Gewerkschafts-Union betreffenden Zuschriften an denselben zu richten.

Im Namen und Auftrag der Internationalen Gewerkschafts-Union  
Heinrich Maier, Vorsitzender.  
Paul Kärbelt, II. Schriftf.

### Internationale Gewerkschafts-Union der Schuhmacher und verwandten Gewerke.

#### Aufruf

an alle Mitgliedschaften und Berufsgenossen Deutschlands.  
Nürnberg und Fürth, den 20. Feb. nat. Die am 4. d. Mt. stattgehabte außerordentliche Versammlung der internationalen Gewerkschafts-Union zu Fürth veranlaßt uns, die Mitgliedschaften Deutschlands aufzurufen, mit aller Energie dahin zu wirken, daß die von allen Seiten gewünschte Einigung recht bald erzielt werde, damit wir unsern Berufsgenossen aller Länder den Beweis liefern können, daß der rechte Geist noch in uns lebet.

Mit größtem Bedauern wurde der Austritt Zürichs, sowie die Sonderbestrebungen der Schweiz entgegen genommen.

Berufsgenossen, Ihr alle wißt, daß unser Gewerke ein internationales Prinzip verfolgt, indem unter allen Berufsgenossen die freie und brüderliche Ansprache „Du“ gilt. Darum rufen wir den schon bestehenden Mitgliedschaften, sowie allen uns noch fernstehenden Berufsgenossen zu: Brüder, vereinigt euch, damit der bereits beantragte Kongress, welcher in einigen Monaten abgehalten werden soll, durch Vertreter von allen Theilen Deutschlands besetzt werde, bezugs gemeinsamer Beratung der Mittel, welche uns dahin führen können, unsere noch so sehr gedrückte Lage zu verbessern.

Gleichzeitig melden wir, daß in der am 19. d. Mt. abgehaltenen Versammlung beschlossen wurde, daß, im Falle es unserer gegenwärtigen Vorortverwaltung unmöglich werden sollte, die Geschäfte weiter fortzuführen, die beiden Mitgliedschaften Nürnberg und Fürth bereit sind, bis zur Neuwahl des Vororts die Geschäfte provisorisch zu übernehmen. Wir erwarten deshalb baldige Nachricht von unserm Vorort. Zugleich müssen wir bemerken, daß von Seite der Mitgliedschaften der Wunsch ausgesprochen wurde, an den Vorort das Ansuchen zu stellen, die Geschäfte fortzuführen bis zur Entscheidung des Kongresses. Es zeichnet

mit sozial-demokratischem Gruß und Handschlag  
die beiden Vorortverwaltungen.

Karl Köhler, Bevollmächtigter. Gunda, Merk, Pfann, Kontrolleur. Lehrer, Einsammler. Teichmann, Kassier. Jäger, Schriftführer.

Meine Adresse befindet sich von heute an:  
Am See Nr. 6 IV. Frage.  
Reisenunterstützung wird darauf ausgezahlt.  
Dresden, 23. Febr. 1872. Hermann Köllner.

### Abrechnung vom Oktober bis Dezember 1871.

Einnahme:  
Kassenbestand am 1. Oktober 113 Franken 24 Centimes. Ferner gingen ein: von Zürich 3 Posten 70 Fr. 45 Cent., Nürnberg 26 Fr. 10 Cent., Dresden 30 Fr., Zürich 1 Posten 39 Fr. 40 Cent., Leipzig 10 Fr. 31 Cent. Summa: 289 Fr. 50 Cent.

Ausgabe:  
Für 1,500 Stück Statutenbücher, Druck und Buchbinder 150 Fr. Ausgaben für Porto pro Monat Oktober, November und Dezember 21 Fr. 80 Cent. Gehalt des Vorsitzenden für Oktober, November und Dezember 18 Fr. Summa: 189 Fr. 80 Cent.

Abschluß:  
Einnahme 289 Fr. 50 Centime. Ausgabe 189 Fr. 80 Centimes. Verbleibt baare Kassenbestand, 99 Franken 70 Centimes.  
Zürich, den 23. Januar 1872.

J. Gerber, Hauptkassier.  
R. Meyer, Kontrolleur.  
G. Ries, Kontrolleur.

### Internationale Gewerkschafts-Union der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Berlin, 5. Febr. Die hiesigen Mitglieder der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft hielten am 3. d. Mt. eine Versammlung ab, zu deren Ueberwachung ein Polizeileutnant und Wachmeister zugegen waren. Die Namen nebst Wohnungen der Mitglieder (bis jetzt 13 Namen) waren aufgeschrieben, sowie Alles, was im Laufe der Versammlung gesprochen wurde. — Material zu einem Hochverratsprozeß hat es jedenfalls nicht gegeben, wir haben eben, dem

\*) Die Fürther Parteigenossen haben Mittlerer vollständig mitgerufen. Wir bitten sie — wie überhaupt Alle, die über einen Vorschlag im Unklaren sind —, sich direkt an ihn zu wenden.  
D. R. d. B.

Zweck unserer Gewerkschaft gemäß, sachliches besprochen und wissen nicht, ob das Ausschreiben der genannten Adressen aller Genossen eine verbreitete Waffe im Arsenal der Polizeiverwaltung werden soll. Wir werden uns dadurch nicht abschrecken lassen und unermüdet für die Verbreitung unserer Prinzipien Sorge tragen. — (Grümmlichauer Bürger- und Bauernfreund)

**Genf.** Man geht hier mit der Gründung einer Marmite sociale um, d. h. einer sozialistischen Speiseanstalt für die Arbeiter von Genf. Seit ungefähr drei Monaten arbeitet die von politischen Führungskräften verschiedener Länder begründete „Section de propagande et d'action révolutionnaire-socialiste“, („Section für die Ausarbeitung und Durchführung einer sozialistischen Umgestaltung“) an der Errichtung einer solchen Speiseanstalt, und hat bis jetzt ungefähr 1000 Francs zu diesem Zwecke aufgebracht, während mindestens 3500 nötig sind, um die Anstalt ins Leben zu rufen.

Die wesentlichen Stellen der Statuten des Unternehmens lauten: „In Anbetracht dessen: daß der Kampf gegen die Kapitalisten allen Arbeitern, die das Bewußtsein von ihren Rechten haben, als eine verhängnisvolle Pflicht auferlegt ist; daß eben dieser Kampf nur unter steter Anwendung der Solidarität aller Arbeiter geführt werden kann; daß diese Solidarität die Arbeiter nötigt, in den Fällen erzwungener Arbeitseinstellung sich gemeinsam zu unterstützen; daß die Coöperativ-Genossenschaften für Konsum ein mächtiges Mittel sind, um den traurigen Einfluß des Elends auf die Arbeiterklasse während dieser Arbeitseinstellungen zu bekämpfen;

„In Anbetracht ferner: daß die Gründung von solchen Vereinen in Genf um so dringender ist, als sich dort viele flüchtige französische und andere Arbeiter befinden, deren Existenzmittel nicht sicher sind; daß die Section für revolutionär-sozialistische Propaganda und Aktion der internationalen Arbeiter-Assoziation beschloß:

„In Genf eine sozialistische Speiseanstalt zu gründen.“ Der Zweck des Unternehmens ist nach Artikel 2 der Statuten: jedem Arbeiter eine gesunde und kräftige Nahrung zu möglichst billigen Preisen zu liefern, indem unter Bezug der sonst so kostspieligen Vermittlungen, gleichzeitig mit einer Verminderung des Verkaufspreises, nach und nach eine immer steigende Verbesserung der dargebotenen Verbrauchsartikel erzielt werden soll.

Nach Art. 3 wird den sozialistischen Prinzipien gemäß diese Speiseanstalt nach einem gewissen Zeitraum unterworfenerlich und unantastbar als Kollektiv-Eigentum der gesamten Arbeiterklasse von Genf, in der Art, daß kein Bürger Anspruch auf irgend ein besonderes Anrecht an sie erheben darf. — Nach Art. 5 darf der Reingewinn des Unternehmens nie 10 pSt. überschreiten. Derselbe wird in eine Kasse ausgeschüttet, deren Mittel lediglich zur Unterhaltung und Vergrößerung der sozialistischen Speiseanstalt verwendet werden dürfen. — Nach Art. 7 sollen in Ansehung der großen Vorteile, die daraus hervorgehen, alle Einkäufe nur in baar gemacht werden. — Nach Art. 8 darf nur dann eine Ausnahme gemacht werden, wenn eine bedeutende Arbeitseinstellung es erfordert, aber auch in diesem Falle ist es Sache des Verwaltungskomitees, möglichst schnell Mittel und Wege zu finden, um der Bestimmung des Art. 7 wieder nachzukommen. — Das notwendige Kapital ist in Artikel 9 auf mindestens 3500 Francs veranschlagt, was nach der vorläufigen Bestimmung des Art. 7 nicht zu verändern ist. — Nach Art. 32 haben alle Arbeiter beiderlei Geschlechts und jeglichen Alters das Recht, in alle Arbeiterbeiträge der Gesellschaft selbst durch Zahlung von 5 Francs. geworden zu sein.

Nach Art. 33 sollen sie keine andere Verpflichtung haben, als die, sich nach den Regeln und dem Gebrauch zu richten, der in der Anstalt eingeführt ist. — Abgesehen davon, daß sie natürlich nicht die Rechte genießen wie die Gesellschaftsmitglieder, sind nach Art. 34 die Preise für sie dieselben, wie für sie.

Die Rechte der Mitglieder stellt Art. 39 fest; es sind 1) Credit, wenn eine Gesellschaft für den gut sagt, der ihn beansprucht. 2) Das Recht, Wähler und wählbar für alle Ämter zu werden, ausgenommen für die, welche der gründenden Gesellschaft vorbehalten sind, um den sozialistischen Geist des Unternehmens auf die Dauer zu wahren. 3) Beratende Stimme in allen Generalversammlungen der Gesellschaft und das Recht zu Vorschlägen. 4) Das Recht zur beliebigen Kenntnisaufnahme von den Büchern der Verwaltung und von den Archiven, die einem Jeden auf seine einfache Bitte vorgelegt werden müssen, unter Aufsicht eines Mitgliedes des Verwaltungskomitees. 5) Das Recht, die der Section gehörige Bibliothek im Speiseaal zu benutzen.

**Waldheim.** Die Arbeiter an der noch nicht fertig gebauten Straße von Waldheim nach Kriedstein haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer oder Vorarbeiter das Lohn „zu reell“ ausgezahlt haben. Die Arbeiter wollten unter keiner Bedingung die Arbeit wieder aufnehmen, ehe sie nicht ihr verdientes Geld ausgezahlt bekommen; auch auf dasjenige, um das sie nach ihrer Aussage schon seit Wochen betrogen worden sind, machen sie entschiedenen Anspruch. Bei der letzten Zahlung haben sie pro Tag 10 Mgr. und ein Paar Pf. bekommen, in einem Schacht nicht einmal halb so viel!!! Bei diesen leidenden Mitbrüdern hilfreich zur Hand gehen kann, helfe! (Grümmlichauer Bürger- u. Bauernfreund.)

**Nürnberg, 18. Februar.** Schon längst wäre es einmal nötig gewesen, auch die Wohntal, welche die Arbeiter des Herrn Fall, Fabrikant zu Dugendreich bei Nürnberg, genießen, der Öffentlichkeit zu übergeben. Herr Fall, Schwagerjohn des früheren Fabrikbesizers Späth, welcher mit einem nicht besonders hohen Vermögen als Haushalter besitzend war, und jetzt die Fabrik mit noch mehreren anderen Kompagnons betreibt, glaubt nämlich aus seinen 200 Arbeitern (soviel Profit herauszuschlagen zu müssen, wie die Central-Zwangsanstalt (genannt Klett und Komp.) aus 3000. Als kürzlich die neue Bahnstrecke, welche Dugendreich berührt, eröffnet wurde, gab er seinen Arbeitern ein Diner, bei welchem er unter anderen Phrasen auch die vorbrachte, daß er nicht ein Herr, sondern ein Vater seiner Arbeiter sein wolle. Trotzdem nun aber bereits in sämtlichen hiesigen Maschinenfabriken die 10-Stundenarbeit eingeführt ist, erstickt auf Dugendreich noch die alte 11-stündige, und Herr Fall hat schon zu wiederholten Malen erklärt, daß er darin durchaus keine Änderung eintreten lassen werde, da bei ihm die 10-stündige bereits faktisch bestehe. Die Arbeiter haben nämlich das Recht, sich zu gewissen Stunden aus der nahen Gartenwirtschaft Bier (und zwar recht schlechtes) und andere Bedürfnisse holen zu lassen und dieselben jederzeit zu verzehren; setzen darf sich niemand dabei. Die meiste Schuld ist nach Herrn Fall selbst dem 9-prozentigen Maschinenmeister Schöbelen zu bemessen. Ich schäme mich glücklich, den Maßregelungen dieses Reichthens nicht mehr ausgesetzt zu sein, ebenso wie ich durch meine Stellung vor den Liebhabern... seitens des Herrn Fallner (genannt: unser Stoff) bei Herrn Gramer-Klett gesichert bin. Die obgenannte Gartenwirtschaft zu Dugendreich gehört einem Konsortium von Ausbeutern, unter denen auch Teilhaber der Fabrik befinden, darunter auch Hr. Hammerbacher. Es ist nun klar, daß diese Herren ihren Pächter nicht besonders da her anlassen, wenn er schlechtes Bier in die Fabrik liefert, da er keine falschen Pacht zu zahlen hat, weshalb nicht Jeder als Viech auf den Dugendreich mag. Reulich machen die Schmiebe Kramall wegen des schlechten Biers und erhielten dafür — Akkorhabzug! Dieß habe einen 2-stündigen Streik zur Folge, welcher zu Gunsten der Arbeiter endigte. Liehe Herr Fall, hat Sandhügel zu bauen und großartige Anlagen zu seinem Vergnügen zu pflanzen, lieber die Arbeiter hätten heutzutage machen, so wäre das besser. Wenn vorigen Winter strenge Kälte eintrat, so schickte man die Leute einfach nach Hause, und ließ sie 8 bis 11 Tagen aussetzen, ohne zu fragen, ob sie auch etwas zu leben hätten oder nicht. Bei dem Lohn aber, der bezahlt wird, ist es absolut unmöglich, abhängig zu leben, geschweige denn etwas zu sparen; ein Wirtshaus wie z. B. bezahlte: 4, 5, 7 kr. bis 1 fl., 1 fl. 6 kr. bis 1 fl. 9 kr. per Tag bei einer Bierarbeit, welche noch dazu meist im Freien geschehen muß. Ich glaube, dieser Lohnsatz im Vergleich zu den hiesigen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen bedarf keines weiteren Kommentars.

**Warburg, 20. Febr.** Vergangene Woche benachrichtigte uns Parteigenosse Scheel in Kassel, daß er zu einem Agitationsbesuche

nach Warburg kommen wolle. In Folge dessen hielten wir vergangenen Sonntagabend Abends den Volksversammlungen in hiesigen Rathhaussaal ab, welche zu den Besuchen gehörte. Parteigenosse Scheel referierte auf Wunsch über „die Stellung aller politischen Parteien zur Sozialdemokratie.“ Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es sprachen dann noch mehrere hiesige Parteigenossen, so wie Parteigenosse Heinz aus Herborn. Herr Defonon H. Lauer aus Niederwallgern (früherer Abgeordneter im hiesigen Landtag, und warmer Verteidiger der Sozialdemokratie) forderte die anwesenden Männer der Wissenschaft auf, ihr Gutachten über den Sozialismus abzugeben und sich der Sache anzunehmen, allein — es blieb alles mündlich, obwohl unsere Unwissenheit so ziemlich vertreten war und es an Segnern nicht fehlte; dieselben verhielten sich aber ganz launlos im Hintergrunde. Die Versammlung mußte bald schließen, da uns der Saal bloß bis 1/2 10 Uhr zur Verfügung gestellt war. Eine darauf veranstaltete Sammlung (1 Uhr, 15 Gr.) wurde zum Besten der Herborn'schen Parteigenossen verwendet. Nach Schluß der Versammlung fand bei gemüthlichem Zusammensein eine Beratung behufs Wiederaufnahme der durch die Inhaftierung des Parteigenossen Schmidt in Herborn unterbrochenen Agitation statt, und hatten sich zu diesem Zwecke die Vertrauensmänner Osbig aus Gießen und Heinz aus Herborn hieselbst eingefunden.

Mit sozialdemokratischem Gruß. H. Woszial.  
**Augsburg, 21. Febr.** In unserer letzten Parteiversammlung war Hauptgegenstand der Beratung die Unternehmung unserer inhaftirten Parteigenossen. Da es sich hier nicht bloß um eine vorübergehende Unternehmung handelt, so wurde von einer sofortigen Sammlung in der leider schon besuchten Versammlung abgesehen, dafür aber die Mitglieder: Enders, Stollberg und Schäffle als Unternehmungskomitee gewählt, welche freiwillige Gaben jederzeit in Empfang nehmen und darüber Rechnung zu stellen haben. So oft die Summe von 2 Thlr. beisammen ist, soll dieselbe an den Parteigenossen übermittelte werden. In der Wirklichkeit des Unternehmens ist ferner jedem Partei- und Genossenschaftsmitglied geboten, sein Scherlein zu genanntem Zwecke in den Opferstock zu legen.

Es ist eine Ehrensache für uns, für unsere leidenden Brüder und deren Familien einzustehen. Thue deshalb jeder seine Schuldigkeit. In erwähnter Versammlung wurde wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die stützenden Parteiverfassungen bloß im „Volksstaat“ annoncirt werden, weshalb die Mitglieder sich daran gewöhnen mögen, das Organ genau zu lesen, und sich auch um den Inseratenthail zu kümmern, wenn es ihnen ernst um die Sache ist. G. Stollberg.

**Fürth.** In der geschlossenen Parteiversammlung der Mitgliedschaft Fürth am 5. Februar wurde mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen, den Gürtlermeister K. Häkel, sowie den Dünkelmeister Kasp. Schirmer, beide von Fürth, aus allen Parteiverfassungen auszuschließen; ferner an den Ausschuß der Partei das Ansuchen zu stellen, beide Genannte aus der Partei auszuschließen. Die Urtheile unseres Beschlusses waren bei Erhobenanntem: 1. Schwädigung der Partei im Allgemeinen; 2. Verurteilung und Vergewaltigung einzelner Parteimitglieder; 3. Unterthänigkeit; bei Vergegenanntem: Mithild an toher Gewaltthat des Erhobenanntem.

**Fürth.** Der „Volksverein“ (Volkspartei) dahier hat am 7. Februar beschlossen, wieder Fühlung mit der sozial-demokratischen Arbeiterpartei als der größeren und mächtigeren zu suchen, da die Prinzipien fast die gleichen sind, und ein Unterschied nur darin besteht, daß die sozial-demokratische Arbeiterpartei in dem 10. Punkt ihres Programms etwas\* weiter geht.

**Mainz, 20. Februar.** Der Schneiderstrike hat bis jetzt noch kein genügendes Resultat erlangt, er ist ein vollständiger für alle Geschäfte geworden. Denn es hat sich herausgestellt, daß die Konfessionäre bei verschiedenen Meistern Arbeit machen lassen und, um diesem vorzubeugen, waren wir gezwungen, für alle Geschäfte die Arbeit einzustellen. Die Herren Meister hatten wohl schon eine Versammlung unter sich abgehalten, aber von einer Verständigung mit der Union ist keine Rede. Sie haben in der Presse erklärt, sie wollten ihre Arbeiter nach Fähigkeit und Kenntniß honoriren, aber auf diese Erklärung können wir unter keinen Umständen eingehen, weshalb wir den Streik mit aller Energie fortsetzen müssen. Es seien jetzt über 300 Arbeiter. Da bis jetzt noch wenig Unterstützung von außen eingelaufen ist, so wird es uns fast unmöglich gemacht, den Kampf durchzuführen, indem zu viel verheiratete Arbeiter dem Streik beipflichten sind. Wir richten deshalb an alle Kollegen und Parteigenossen die dringende Bitte, uns während des Kampfes nach Kräften zu unterstützen und allen Zugung von Mainz fern zu halten.

Arbeiter, wir sind nicht gewohnt, viel Phrasen zu machen. Helft uns, so wie wir jeder Zeit bereit sind, wenn Ihr im Kampf steht, für Euch einzutreten. Wir fordern die Arbeiter der umliegenden Städte auf, uns keine Konkurrenz zu machen, indem sehr viel Arbeit aus Mainz nach auswärts geschickt wird.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Der Schriftführer Ph. Wittmann.  
Alle Briefe etc. sind zu senden an unsere Kassirer.  
W. Zimmermann.  
Reichengasse 9.

**Spandau.** Seit ungefähr einem Monat herrscht wiederum hier in den Kaiserlichen Königlich-Deutschen Waffenfabriken ein sehr reges Leben, und wird nach und nach so oft beherzten Friedens an der Fabrikation von Waffen gearbeitet; auch das weibliche Proletariat ist eifrig mit der Verfertigung von Büchsen und Patronen beschäftigt. Die besten „Bürgerinnen für die lange Dauer des Friedens!“ — Trotzdem es am hiesigen Orte an Arbeit nicht mangelt, sind die Verhältnisse der Arbeiter dennoch trübe zu nennen. Die Wohnungsnoth und die enormen hohen Miethepreise machen sich besonders hier in der Nähe Berlins in einer drückenden Weise immer mehr und mehr bemerkbar, denn durch die Vergrößerung der industriellen Establishments sind und werden noch fortwährend fremde Arbeiterkräfte hierhergezogen, und dies veranlaßt die so enorme Preissteigerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse. In der Geschicklichkeit und der Central-Werkstat haben sich seit, aber gleich nach, dem jetzigen so unglücklich für die Arbeiter des Behrmarks verlaufenen Streiks die Arbeitsverhältnisse etwas gebessert; die Arbeitszeit ist von früh 6 Uhr auf früh 7 Uhr als Anfang, und von Abends 7 Uhr auf 6 Uhr als Feierabendzeit verlegt und das geringste Wochenlohn für einen gewöhnlichen Handarbeiter (im Anfang von 3 Pf. 3/4, 4 Pf. 1/2, 4 Pf. 1/2) worden. Auch hat es den Anschein, als ob die Verhandlung zwischen dem Bohrmeister und den Arbeitern ausgeglichen sei; wer nun von beiden Theilen eigentlich durch die Eshierung sich geübt hat, weiß ich nicht genau, glaube aber: der Arbeiter, denn er war die Ursache des so planlos von einigen Odoceinleuten in Scene gesetzten Streiks; wäre er heute noch derselbe, hätten ihn wohl schwerlich dieselben Arbeiter zum Stadtordnenen gewählt. — Die Aushörungen, die vor Kurzem hier pp. Waldow aus Berlin gethan, „er wolle sorgen, daß wir in kurzer Zeit jeden Boden hier verlieren“, hat das Gegenwärtige bemerkt, denn unsere Versammlungen und Vereinsabende werden seit Neu-Jahre von Woche zu Woche zahlreicher besucht, und ganz natürlich werden die Sympathien dadurch für unsere Sache unter den Arbeitern größer; trotzdem hier sehr viele Vereine und nur königliche Fabriken sind, bricht sich die Idee der Sozialdemokratie immer mehr Bahn. W. Fischer.

**Wittensdorf, 13. Februar.** Ausbreitung der Partei. Gestern Abend fand hier die erste Volksversammlung statt, zu welcher 200 an Genuß erschienen waren und die Prinzipien der Sozialdemokratie entwickelte. Der Besuch war ein sehr guter; 300—400 Personen mögen anwesend gewesen sein, und Alle hörten mit gespannter Aufmerksamkeit die Ausführungen des Redners an. Nach Schluß der Versammlung ließ sich eine ziemliche Anzahl von Arbeitern in die Listen der sozialdemokratischen Partei einschreiben. Der Anfang wäre also auch am hiesigen Orte gemacht; hoffen wir, daß binnen Kurzem die Partei eine bedeutende Anhängerschaft erlangt.

**Pirna.** Eine große Volksversammlung fand Montag Abend hier statt; auch die Bourgeoisie war zahlreich vertreten, u. A. durch den Bürgermeister, die Geistlichen, Advokaten etc. Vorsitzender war W. G. Müller aus Dresden. Die Tagesordnung lautete: „Die sozialdemokratische Bewegung und ihre Bedeutung für den Kleinbürgerstand.“ Das Referat hatte auf Einladung Otto-Walkers aus Dresden übernommen. Derselbe erklärte, wie die gegenwärtige sozialdemokratische Bewegung mit Nothwendigkeit aus den herrschenden volkswirtschaftlichen und politischen Zuständen entspringe und schlechterdings durch kein anderes Mittel, als durch Vereiningung dieser Verhältnisse beseitigt werden könne. Auf die Stellung des Kleinbürgerstandes übergehend, behauptete der Referent, daß derselbe noch immer ein gewisses Vorrecht gegen die Bewegung habe, obwohl er doch mehr noch als selbst die Lohnarbeiter ein Lebensinteresse an der sozialen Frage habe, schon deswegen, weil er noch eine Existenz zu verdienen habe, die der Arbeiter bereits verloren. Die Existenz des Kleinbürgers werde aber unter den herrschenden Verhältnissen immer mehr und mehr bedroht durch die unsonden Kreditverhältnisse, durch Kapital- und Bodenwucher, durch Steuerüberbürdung, Kriege u. s. w., welche letztere im sozialdemokratischen Staate eine Unmöglichkeit sein würden. Es sei somit die höchste Zeit, daß der Kleinbürgerstand, dessen Reichen durch die sozialen Krankheiten immer mehr gelichtet würden, die soziale Frage ernstlich zu subiren beginne, sich nicht mehr durch das sogenannte tote Gespenst erschrecken lasse und durch Eintritt in die Bewegung seine Interessen wahren und die Lösung beschleunigen helfe. — Das zahlreiche Publikum schien sehr befaßt und gab wiederholt seinen Beifall zu erkennen. Herr Krüger interpellirte sodann den Referenten dahin, ob nicht größere Bildung dem Arbeiter helfen könne, und wurde dahin bekräftigt, daß die gegenwärtig herrschenden sozialen Verhältnisse eine solche höhere Bildung unmöglich machten. — Herr Benschke fragte, daß es den Arbeitern auch vielfach an Gemüths- und Charakterbildung fehle, worauf Walker erwiderte, daß dieses Uebel allgemein sei, obwohl die anderen Gesellschaftsklassen bei ihrer sorgfältigeren Erziehung nicht soviel Unschuldigung hierfür hätten. — Herr Leuschke, Herr Voigt, der Vorsitzende und der Referent mahnten jedoch, sich dem zu Gründung eines Vereines bereits gebildeten Kern von Männern anzuschließen. — Obwohl von den Verfassern der in Pirna gegen die Sozialdemokratie gerichteten Broschüre wenigstens der eine, Advokat Förster, zugegen war, nahm von den Segnern, trotz wiederholter Aufforderung, Keiner das Wort.

**Weimar.** Der hiesige Arbeiterverein, welcher i. J. das Nürnberg-Program in angenommen, sandte später auch zum Eisenacher Kongress einen Delegirten und beschloß nach Berichterstattung Scheitens über den Verlauf des Kongresses, sich zwar nicht als Verein der Partei anzuschließen, wohl aber die Mitglieder zu veranlassen, dieses zu thun. Damals traten auch circa 40 Mann bei, unter welchen sich der Vorsitzende des Vereines, Herr Lohm, befand. Wohl bald mochte aber derselbe entsetzt haben, daß sich in der Partei kein Geschäft machen lasse, glaubte wohl auch in seinem Geschäft manchen Kunden zu verlieren. Nach kurzer Zeit schon verließ er die Partei, ja bei Ausbruch des letzten Krieges entpuppte er sich als entschiedener Gegner und begann nun auch im Arbeiter-Verein, die Gleichgültigkeit und politische Unklarheit der jüngeren Mitglieder, welche durch fortwährende Tanzergängen angezogen wurden, benutzend, bei jeder Gelegenheit gegen die Partei zu agitiren.

So seitdem er durch, daß, als der Verein bei Gelegenheit der Reichstagswahlen einen Beitrag zur Agitation bewilligte, der Beschluß gefaßt wurde, aus der Vereinstafel der sozial-demokratischen Partei nichts wieder zu geben.

Im Oktober v. J. nun wurde Unterzeichneter zum Schriftführer des Vereines und Herr Lohm, da einer unserer Parteigenossen die Wahl absahnte, als Vorsitzender wieder gewählt.

Nach Ausbruch der Chemnitzer Arbeitseinstellung ging ich zu demselben mit der Bitte, im Verein etwas für die dortigen Arbeiter zu thun. Von Herrn Lohm wurde mir hier zu Antwort: „Für solche Sachen habe der Verein kein Geld und es sei ja Beschluß des Vereines, der Partei kein Geld wieder zu bewilligen. Ueberhaupt sei so etwas gegen das Prinzip des Vereines, welcher in Arbeiterbildungsvereine (100000) aber nichts beiläufig in den Statuten steht) und der Hirsch-Dunkerischen Partei angehöre.“

Als ich ihn hierauf auseinander setzte, daß dies nicht wahr sei, ich auch kein Geld aus der Vereinstafel, wie überhaupt nichts für die Arbeiterpartei wolle, sondern nur verlange, daß er eine Verhandlung einleiten und dort meinen Antrag zur Verhandlung bringen solle, welcher dahin ging, eine Vereinsversammlung abzuhalten und in dieser, wenn es die Mitglieder für gut finden, eine Sammlung für die Feiernden zu veranstalten, gab er nach und erklärte, die Verhandlung abhalten zu wollen. Tags darauf erhielt ich ein Schreiben, welches mir mittheilte, daß die Verhandlung nicht stattfinden würde. Einer solchen Willkür des Vorsitzenden, welcher trotz des Nürnberg-Programms und der Zustimmung zum Eisenacher Kongress, den Verein plötzlich zu einem Hirsch-Dunkerischen machen wollte, konnte ich mich nicht fügen und benutzte deshalb die nächste Hauptversammlung zu nachstehender Erklärung:

„Da mir zu wiederholten Malen von dem Vorsitzenden erklärt worden ist, der hiesige Arbeiterverein gehöre nicht der sozialdemokratischen Arbeiterpartei an, ich aber Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bin, so sehe ich mich gezwungen, mein Amt niederzulegen, falls die Versammlung den Vorsitzenden nicht veranlaßt, seine unwahre Behauptung zurückzunehmen u. s. w.“ Es entspann sich nun eine heftige Debatte, wobei von unserer Seite bewiesen wurde, daß der Verein noch auf dem Boden des Nürnberg-Programms stehe und durchaus kein Arbeiterbildungsverein sei. Ja, daß ein früher schon eingebrauchter Antrag um Abänderung des Namens in „Arbeiterbildungsverein“ ein für alle Mal abgewiesen worden sei. Der Vorsitzende, welchem diese Verhandlung höchst unangenehm zu sein schien, erklärte die Debatte für geschlossen. Meine übrige Erklärung vollständig ignorirend, sagte er nur, daß er recht froh sei über meine Amtsniederlegung (was ich ihm allerdings recht gern glaube). Nach acht Tagen wurde eine weitere Versammlung ausgeschrieben mit der Tagesordnung: „Ergänzungswahl des Vorstandes.“ Ich bezog mich zu derselben, um mein Protokoll der letzten Versammlung zu verlesen; taum hatte ich meine zu Protokoll genommene Erklärung vorgelesen, als der Vorsitzende während von seinem Sitz aufsprang und rief: „Das ist eine Lüge, eine Gemeinheit wie können Sie sich unterfertigen, überhaupt etwas ohne mein Wissen und Willen ins Protokollbuch aufzunehmen?“

Unter heftigem Tumulte seiner Anhänger hat ich ums Wort; da mir dieses von Herrn Lohm bedrohlich verweigert wurde, versuchte ich unter dem andauernden Kravall zu sprechen, auch dies wurde mir von dem Vorsitzenden durch fortwährende Unterbrechung unmöglich gemacht.

Darauf forderte er die Versammlung auf: wer dafür sei, daß das Protokoll aus dem Saale wieder entfernt werde, solle die Hand erheben, was auch von der Minorität geschah.

Jetzt begann die Wahl und wurde hierzu von mehreren Seiten einer unserer Parteigenossen in Vorschlag gebracht. Jedoch das war gegen den Befehl des Diktators, welcher sofort erklärte: „einer der Sozialdemokraten dürfe ein für alle Mal nicht wieder in den Vorstand, da dieselben jeitliche Ziele verfolgen und ich ja ihm erstarkt habe: „wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ Zu jeder die Pariser Kommune mußte herhalten. Da sich jedoch zu einem solchen Beschluß die Versammlung nicht bewegen ließ, so forcierte er den in Vorschlag gebrachten Parteigenossen auf, zu widerlegen, was ich gezeigt habe.

Dieser machte ihm nun begreiflich, daß es Sache jedes Einzelnen sei, sein Amt niederzulegen und er nicht darauf eingehen könne, legte aber überhaupt für jetzt jede Wahl ab.

Nach unendlichen Mühen gelang es schließlich, ein Mitglied zur Annahme des Schriftführer-Amtes zu bewegen. Traugust muß es um die Arbeiter stehen, welche einen solchen Mann als Vorsitzenden dulden, der heute die Partei, zu welcher er vor Kurzem noch gehörte, verleumdet und beschimpft und jede freie Regung im Verein unterdrückt.

Heute noch ist er „Demokrat“ und trotzdem erklärte er mir doch vor kurzer Zeit erst: „Man muß sich in seinen politischen Meinungsäußerungen nach dem Geschäft richten.“

Auch der Wirth des Vereinslokales konnte es nicht unterlassen, in der Versammlung über den „Volksstaat“ in einer Weise zu sprechen, die mir der Anstand verbietet zu wiederholen; auch dieser nennt sich „Demokrat“, wie ja jetzt überhaupt der Name „Demokrat“ sogar von den Nationalheroen beansprucht wird. Was überhaupt diese Leute unter „Demokratie“ verstehen, davon noch eine Probe: Nach Schluß der Vereinsversammlung erklärte mir der Wirth, der beste Demokrat sei überhaupt — der deutsche Kaiser. — G. Kettel jun.

\* Die Fabrik verdient übrigens den Namen Dugendreich, da auf jedes Dugend Arbeiter ein Werkmeister und auf jedes Biereldugend Werkmeister ein Lantienbezielender kommt.

\* Dieses „etwas“ ist allerdings ein sehr wesentliches „etwas“, weil es das Prinzip einschließt, daß die Sozialdemokratie von der Bourgeoisiedemokratie trennt. Red. d. B.

# Das Arbeiter-Paradies von Staub & Comp.

in Kuchin  
Ober-Amt Geislingen. Württemberg.

Zu Anbetracht der Bedeutung, welche diese Firma unter der gesammten Bourgeoisie besitzt (auf der Pariser Industrie-Ausstellung von 1867 erhielt sie von der internationalen Jury für ihre Leistungen zur Förderung des geistigen und materiellen Wohls ihrer Arbeiter" die große goldene Medaille) bitten wir, die manchmal etwas detaillirte Ausführung aus diesem Grunde zu entschuldigen. Zugleich ersuchen wir alle arbeitserfreundlichen Mütter, von diesem Artikel Notiz zu nehmen und für weitestehende Verbreitung zu sorgen.

Der Verfasser.

Als der Pietismus und das Märcerthum, vorigen Sommer, den ehemaligen Feldprediger und jetzigen Arbeiterapostel, Sechster aus Carlsruhe, auf seiner süddeutschen Missionstour auch in das Arbeiter-Quartier Kuchin sandte, begann er an der Seite des Fabrikbesizers Staub seine Rede mit folgenden Worten: „Ich bin hierher gekommen, um einen Vortrag über die Arbeiterfrage zu halten, aber ich sehe, daß es überflüssig ist, denn bei Ihnen ist die Arbeiterfrage praktisch gelöst.“

Wie diese Frage gelöst ist, wird aus Nachstehendem ersichtlich sein; nebenbei aber kennzeichnet es das Märcerthum, und was dasselbe unter Lösung der Arbeiterfrage versteht. In diesem von der Bourgeoisie aller Orten hochgepriesenen Eborado, wo die Arbeiterfrage „gar nicht existirt“, wo die „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ sogar die Hirsch-Dunker'schen Einigungsämter überflüssig macht, das noch dazu in einem Bezirk liegt, den die national-liberale Partei als Domäne betrachtet und vor jedem schädlichen Einfluß aus sorgfältiger zu bewahren sucht, in diesem Paradiese nun war das Maß voll bis zum Ueberlaufen, und es lief über und wusch zugleich den Firnis, der künstlicher Weise die Schäden dieser Musterfabrik verdeckte und die Augen dermaßen blendete, so gründlich ab, daß unsere Bourgeoisienomen wohl nicht sobald wieder dieselbe als leuchtendes Beispiel voranzustellen werden. Ohne alle und jede Verbindung mit der Außenwelt (die Arbeiter kennen die gegenwärtigen Bewegungen kaum dem Namen nach, wodurch die Bourgeoisie sogar um das Vergnügen gebracht wird, die Sache der „Internationalen Wähler“ in die Schube zu schieben) brach Montag den 11. Febr., durch die in der Fabrik besitzende Pensionskasse veranlaßt, ein Strike aus, an dem sich 140 Weber durch Aufstellung mehrerer Forderungen beteiligten. Die jeder Forderung beigefügte Motivirung wird die „gelöste Arbeiterfrage“ des mit der goldenen Medaille geschmückten Musterabstimmens auf 5 Schlagendste widerlegen, weshalb wir die Forderungen näher ausführen, als es sonst bei Schilderung von Kuchin-Märcerfabriken geschieht.

## I. Einführung einer 12stündigen Arbeitszeit und Abstellen der Maschinen während der Mittagszeit von 12—1 Uhr.

Seitdem war die Arbeitszeit von Morgens 5 bis Abends 7 Uhr, also 14 Stunden, außerdem aber wurde es durch Plakate angeschlossen, daß jeder Arbeiter, der die Fabrik vor 8 Uhr oder halb 8 Uhr Abends verläßt, um 1 Gulden oder im Wiederholungsfall mit Entlassung ohne Lohn gestraft wird; damit ward die Arbeitszeit auf 13 1/2—14 Stunden ausgedehnt.

## II. Erhöhung des Weberlohnes um zwei Kreuzer pro Stück.

Um eine Ueberflucht dieser Forderung zu bekommen, sei bemerkt, daß ein Arbeiter erster Klasse zu einem Stück, das mit 34 Kreuzer bezahlt wird, 1 1/2 Tag braucht; da er aber, allerdings nur mit größter Anstrengung, auf 3 Stühlen zugleich arbeiten kann, so bringt er in genauem Zeit 3 Stück fertig, was bei resp. 13 resp. 14 stündiger Arbeitszeit einem Tagelohn von fl. 1. 21 1/2 Kr. entspricht; durch Gewährung der Aufbesserung läme der Tagelohn auf fl. 26 1/2 Kr. (in Prozenten ausgedrückt etwa 6%). Das sind aber nur die besten Arbeiter; unter 20 in Kuchin beschäftigten Webern arbeiten nur etwa 20 mit 3 Stühlen. Geringere Arbeiter brauchen zu einem Stück bis zu zwei Tag, was bei 2 Stühlen einen Verdienst (einschließlich einer Aufbesserung) von 36—48 Kreuzer pro Tag bedingt. Ist jedoch schlechtes Garn zu verarbeiten, so verdient der beste Arbeiter oft keine 7 bis 8 Gulden in 14 Tagen.

## III. Verbeibaltung der Prämien.

Der 3. B. auf 2 Stühlen in 14 Tagen 7 Gulden verdient, erhält 30 Kr. Prämie, und diese steigt sich bis zu fl. 30 Kr. für Den, der 12 Gulden verdient, so daß, wenn dieser seltene Fall eintritt, ein 14 tägiger Verdienst von 15 fl. 30 Kr. erreicht wird. Wird jedoch in einem Stück ein Fehler entdeckt, (und jeder Weber weiß, wie leicht es ist, einen solchen zu finden, wenn man ihn überhaupt finden will,) so wird der Arbeiter erstens hierfür gestraft, zweitens aber bei der Berechnung der Prämie das fehlerhafte Stück nicht mitgerechnet.

## IV. Verwaltung der Krankenkasse durch die Arbeiter.

Trotzdem die Krankenkasse aus den wöchentlichen Beiträgen der Arbeiter, — männlichen wie weiblichen, von jedem verdienten Gulden einen Kreuzer — besteht, haben dieselben bei der ganzen Verwaltung nicht 10 mitzureden, denn §. 2 der Krankenkassenstatuten besagt: „Die Fabrikbesitzer führen die Vorherrschaft die Verwaltung der Kasse, zu der ein Ausschuss, bestehend aus zwei Kuffeheren und zwei gut bewanderten Arbeitern beigezogen wird.“ Kuffeher und Arbeiter werden aber nicht etwa von dem Arbeitspersonal gewählt, sondern von den Fabrikbesitzern ernannt, womit alles gesagt ist.

## V. Auflösung der Pensionskasse und Herauszahlung der abgezogenen Gelder an die Arbeiter.

Diese Kasse war der eigentliche Stein des Anstoßes. Ende des Jahres 1867 gegründet, wußten die Arbeiter weder etwas von Statuten noch Rechnungsabrechnungen; als das Märcerthum hierüber zu Oren der Fabrikbesitzer kam, entschloß man sich endlich im Dezember vorigen Jahres zur Herausgabe von Statuten. Rechnungsabrechnung, obwohl in den Statuten auf jeden 31. Dezember festgesetzt, fand man auch diesmal nicht für nöthig zu veröffentlichen. Den größten Theil des Cassabestandes legten auch hier wieder die Arbeiter ein, wie bei der Krankenkasse von jedem Gulden Verdienst einen Kreuzer, somit ist Kenntniß des Cassabestandes, ganz abgesehen von der gleichen Verwaltung wie bei der Krankenkasse, gewiß gerechtester Weise von den Arbeitern zu fordern gewesen, aber wie gesagt: nach Verfluß von 4 Jahren erhielten die Arbeiter noch nicht das Geringste, was einen Einblick in die Kasseneverhältnisse gleichsetzen hätte. Nach den nunmehrigen Statuten, welche den Arbeitern zur Gutheißung nicht einmal vorgelegt wurden, sollen die Zinsen der Kasse verwendet werden:

a) Zur Unterstützung für Wittwen und Waisen, deren Gatte oder Vater aus Angestellter der Fabrik verunglückt oder gestorben ist und denen in der Fabrik nicht genügender Verdienst zu ihrem Fortkommen gewährt werden kann; dieselben erhalten 1/2 des Lohnes ihrer Männer oder Väter, wenn solche mindestens 5 Jahre bis zur Zeit ihres Todes in der Fabrik gearbeitet haben.

b) Zur Unterstützung an Arbeiter, welche in der Fabrik verunglückt und arbeitsunfähig geworden sind. Bei diesen ist eine Stala angenommen, welche von fünf bis fünf Jahren um 1/10 steigt, so daß bei einer fünf bis zehnjährigen Anstellung 1/10 des durchschnittlichen Jahreslohns als Pension bezahlt wird. Bei einem mittleren Arbeiter würde die Pension durchschnittlich pro Jahr 60 Gulden betragen.

c) Zur Unterstützung an solche Arbeiter, welche 35 bis 45 Jahre in der Fabrik gearbeitet haben. Erstere erhalten bei voller Gesundheit die Hälfte, nicht etwa ihres durchschnittlichen Jahreslohnes, nein nur die Hälfte des Jahresverdienstes der letzten 10 Jahre; nach 45 jähriger Dienstzeit erhält derselbe seinen ganzen Lohn, aber auch nur den Durchschnitt seines im Abnehmen begriffenen Verdienstes der letzten 20 Jahre. Nicht man diesen Stipulationen gegenüber das Durchschnittsalter der Arbeiter von 31 Jahren, sowie eine Pension von jährlich 60 Gulden in Betracht, so ist es den Arbeitern wahrscheinlich nicht über zu nehmen, wenn sie die Auflösung der ohne ihr Zutun gegründeten Kasse verlangen und auf das „Schämen vor Mangel in ihren alten Tagen“ durch die Hand der Herren Staub u. Comp. verzichten wollen.

Noch sei hier die Erwähnung zweier Fälle nicht zu vergessen, welche die Arbeiter in ihrem Verlangen bestärken; dieselben wurden dem Comptoirpersonal (Direktor, Buchhalter u.) der Fabrikbesitzer ohne Widerspruch entgegen gehalten. Der eine betrifft einen Arbeiter, der in der Fabrik verunglückt und starb; statt der Unterstützung erhielt seine Witwe die Antwort, sie sei einer Unterstützung nicht bedürftig. Der zweite Fall betraf einen Schlichter aus Kuchin. Derselbe starb, nachdem er etwa zehn Jahre in der Fabrik gearbeitet und vom ersten Tage des Bestehens der Pensionskasse einen Beitrag wie jeder Andere bezahlt hatte. Er hinterließ eine halberblindete Witwe. Was hat

nun die Musterfabrik? Sie ließ durch ihre Kuffeher in der ganzen Fabrik eine Collecte veranstalten, um die Begräbniskosten für den Verstorbenen und eine Unterstützung für besagte Witwe aufzubringen.

## VI. Befreiung der Strafe nach Weggabe des Schadens, beziehungsweise der Vermögensgüter.

Wenn man die verschiedenen Statuten des Establishments liest, so glaubt man, die Gesetzbücher Moses vor sich zu haben; wie dort das stereotype, „Der soll des Todes sterben“, findet sich hier bei jedem Artikel: „Der soll gestraft werden.“ Wie ein rother Faden zieht sich von Anfang bis zu Ende mit Strafen und Prämien, um der Corruption Thür und Thor zu öffnen. Kommt ein Arbeiter Morgens 5 Uhr (viele haben 7, bis 1 Stunde Wegs in die Fabrik) 12 Minuten zu spät, so bezahlt er 12 Kr., kommt er erst nach 7 Uhr, so bezahlt er 30 Kreuzer Strafe; ebenso hat und übermäßig sind die Strafen für etwaige Fehler an der Arbeit, welche, namentlich bei schlechtem Garn, oft von den geschicktesten Arbeitern nicht vermieden werden können.

Das Entstehen und der Verlauf des Strikes besteht nun in Folgendem:

Früher arbeitete ein Theil des Personals auch die Nacht hindurch; vor Kurzem hörte das auf, und das überflüssige Personal wurde entlassen, die männlichen Arbeiter erhielten das in die Pensionskasse einbezogene Geld zurück, die weiblichen dagegen nicht; dieß, im Verein mit dem Dunkel, das über der Kasse schwebte, veranlaßte Montag Morgen etwa 40 Mann, am dem Comptoir die Auflösung der Kasse zu beantragen; trotz der größten Ordnung, die sie bewiesen, wurden die Arbeiter von Herrn Staub in pöbelhafter Weise abgewiesen. „Wenn's nicht gefallt der mache, daß er hinauskommt! Keinen Kreuzer bekommt Ihr!“ Als auf dieses hin die Arbeiter den Fabrikhof verließen, eilte ihnen der Obermeister Staub nach und jagte, sie sollten an ihre Arbeit gehen, Herr Staub wolle sich die Sache bis morgen überlegen; sie wählten in der Fabrik einen Jettel herumgehen lassen, damit die, welche die Auflösung wollten, ihn unterschreiben und dann auf das Comptoir schicken. Als dieß Dienstag Morgen geschah und etwa 30 Mann unterschrieben hatten, kam Fabrikdirektor Riesel hinzu, nahm er einer Arbeiterin das Circular aus der Hand, zerriß es und warf es auf den Boden. Das war natürlich Dei in's Feuer. Waffenweise verließen die Arbeiter die Säle, stellten sich in Fabrikhof auf und verlangten die Gewährung ihrer Forderungen. Eine Deputation von 3 Mann verkehrte mit Herrn Staub (auf dessen eigene Aufforderung hin), richtete aber nichts aus; schon u. h. den ersten Wörtern geriet derselbe in maßlosen Jorn, gebardete sich wie ein Wüthender und agierte dermaßen mit Armen und Frauen, daß er sich die Kleider zerprügelte. „Ich bin der Herr, ich bin der Vater, ich muß Euch erhalten, nichts bekommt Ihr, wenn's nicht recht ist, der kann gehen.“ Ueber 200 Personen verließen die Fabrik und wollten außerhalb derselben den Ort einer Versammlung bestimmen; da kam der Anwalt der Fabrik, Herr Buchhalter Kerse, um mit heiseren Worten zu verfluchen, daß, wenn die Arbeiter nicht augenblicklich Grund und Boden der Staub'schen Fabrik verlassen, man sie sofort festnehmen lassen werde. Nach gewohnter Bourgeoiseweise wurde auch sofort um Gendarmere telegraphirt.

Nachmittags hielten die Arbeiter eine Versammlung in Kuchin ab, welche der dortige Schultheiß in Begleitung eines Gendarmen, mit der Drohung verhindern wollte, daß er die Arbeiter, welche nicht sofort an die Arbeit gehen, verhaften lassen werde. Auf das Versammlungsrecht hingewiesen, entzog er sich eines Bessern, und wurden nun obige 6 Punkte beraten, beschlossen und von 140 Personen unterzeichnet. Da das beauftragte Komitee an dem mit Gendarmen besetzten Portierhaus der Fabrik zurückschlagen wurde, sandte man den Polizeidiener mit der Absicht der Beschlässe in die Fabrik. Andern Tags erkundigten sich die Arbeiter auf dem Schultheißen-Amt nach der Antwort, es war jedoch keine da; dafür erhielten sie, wahrscheinlich aus Versehen, von dem Stellvertreter des abwesenden Schultheißen ein Schriftstück, angeblich vom Oberamt Geislingen eingesandt, welches in seiner Einleitung auf § 153 der Deutschen Gewerbeordnung hinweist und wörtlich also schließt:

„Zu bemerken ist noch:

Daß die unterzeichnete Stelle vom Kgl. Oberamt beauftragt ist, Jeden, der sich eine Verletzung gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu Schulden kommen lasse, sofort an das kgl. Oberamt einzuliefern.

Den 14. Febr. 1872. Schultheißenamt Ströblyn.

Die Handschrift dieses Erlasses hat, bis auf die Unterschrift des Schultheißen, die größte Ähnlichkeit mit der eines Buchhalters in der Fabrik, und das Blatt trägt auf der Rückseite in Blaudruck den Firmensempel der Fabrik „Staub und Comp. in Kuchin an der Fils, Württemberg.“

Daß dieses Schriftstück keine „Oberamtskanzlei“ im Comptoir von Staub und Comp. hatte, wird Jedermann so klar sein, wie der Zweck, zu welchem es dienen sollte.

Eine Antwort, wie gesagt, hielten die Herren Staub und Comp. im Geheile ihrer Allmacht für vollständig überflüssig, wußten jedoch, daß diese Leute, vermöge anderweitigen Arbeitsmangels, sowie der ganzen Einrichtung ihres Establishments, so an die Scholle gebunden sind, daß sie nicht im Stande sind, ihre Forderungen durchzusetzen; als PreSSIONSMITTEL wurden die Angehörigen der streikenden Weber, Geschwister, Kinder oder Eltern, obwohl nicht dießelben an dem Strike nicht beteiligten und trotzdem die „Mutterknechten“ sechs wöchentliche Kündigung vorschreiben, sofort entlassen. Auf dieses hin ging der Strike in der ersten Woche schon in die Brüche, gegen 20—25 Arbeiter aber sind auf gehässige Weise gemahregelt, es wurde denselben der rückständige Lohn zurückbehalten, solchen, die in Arbeiterhäusern wohnten, ihr Mobiliar bereits auf die Straße gestellt, ja es wurde sogar Arbeitern, welche eigene Häuser besitzen und einen der Streikenden in Wohnung hätten, mit Entlassung gedroht, wenn sie denselben nicht sofort zum Hause hinausjagten.

Für Herrn Staub und Comp. ist dieß ein Pyrrhussieg, aber für die goldprämiierte „Musterfabrik“ eine Niederlage, von der sie sich nicht so leicht erholen wird.

Der Bourgeoispreß aber, welche Angeficht dieser Schilderungen dennoch den Muth haben sollte, auch fernhin die Herrlichkeit dieser Anhalt und die in derselben herrschende „Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ der Welt vorzuspiegeln, namentlich auch unseren schwächlichen Zeitungen, welche stets mit vollen Backen „anre glücklichen Arbeiterverhältnisse“ in die Welt hinausposaunen, rufen wir zu: „Geh hin und überzeuge Euch von den so sehr gepriesenen Zuständen Eures Paradieses selbst, aber seht sie nicht durch Gatte gefasste Bourgeoisdrille an, indem Ihr Euch vom Fabrikinspector herumführen laßt. Seht, wie in dieser „Musterfabrik“, trotz des § 128 der deutschen Gewerbeordnung, selbst die von Euch bekämpfte Kleinarbeit eingeführt ist, seht Euch diese Geschöpfe an, welche vom 8 Lebensjahre, jeden Tag von Morgens fünf bis Abends 1/8 und 8 Uhr, ausgenommen 3 Stunden Schulzeit, für welche diese armen Teufel der Fabrik alle 14 Tagen noch 20—24 Kreuzer Schulgeld entrichten müssen, sich abrackern müssen und in der Fabrik dahinschliefen, und dann kommt und straft uns Lügen, oder verheimlicht Euer Paradies wieder, ohne daß Euch die Schamröthe ins Gesicht steigt!“

**Wolfsbützel**, den 29. Febr. In zwei stattgehabten Versammlungen der Schneid- und Gesellen zu Wolfsbützel wurde die Lohnfrage besprochen und das heutige Lohnsystem als ungerecht erkannt; und beschloßen, eine Lohnverhöhung von 25 Prozent anzutreiben. Die gewiß bestehende Forderung wird jeder Mensch billigen, der da weiß, wie der heilige Geschäftslohn im Verhältnis zu anderen Städten ist; die Frage, ob es nicht geeigneter wäre, den Normalarbeitstag von 10 Stunden einzuführen, wurde, da wir noch nicht organisiert sind, auf eine spätere Zeit verschoben. Hoffentlich werden wir unseren Brüdern bald wieder die Hand reichen und uns der allgemeinen Bewegung anschließen, wie es früher gewesen ist. Darum Kollegen und Brüder unterstützt und seht schon, indem Ihr den Zutug, so viel es möglich ist, von Wolfsbützel fernhaltet.

Am 2. März ist die den Arbeitgebern gestellte Frist abgelaufen, und wir werden über den weiteren Verlauf unserer geschickten Sache im „Volkstaat“ und „Beauschwoiger Volksfreund“ erwidern.

Mit sozial-demokratischem Grundergruß. Im Auftrag: Fr. Holzgäuber.

**Leipzig**. Am 20. d. M. war vom Freydenkclub eine Versammlung der Buchbinder-Gewerkschaften abgehalten; dieselbe war

gut besucht und von guter Stimmung. Die Tagesordnung bildete: „Was denken die Gewerkschaften gegen das Vorgehen des Buchbinder-Vereins-Verbands zu thun?“ Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung beschließt, eine stehende Kommission zu wählen, welche eine Erklärung ausarbeitet und eine weitere Versammlung einberuht.“ Sammlung zur Kostenbedeckung ergab 9 Thlr 10 Gr.

## Zur Quittung des Chemiker Strikekomitees.

London, 20. Febr. Der Unterzeichnete sandte in der Mitte des Monats November 1871 3 Pfund Sterl. (20 Thlr.) an Fr. Husmann zur Unterstützung des Chemiker Strikes. Wie kommt es, daß dieses Geld in der veröffentlichten Abrechnung nicht angegeben ist? —

L. Frankel

Mitglied des Arbeiterbildungsvereins, deutsche Sektion der Internationalen.

## Für politische Gemahregelre.

Vom Arbeiterbildungs-Verein Göttingen 1 Thlr. 4 Gr. 5 Pf.; von demselben f. Frau Dittich 1 Thlr. 4 Gr.; Sammlung beim Stiftungsfest des Arbeiter-Bildungs-Vereins in E. 7 Thlr 10 Gr.; v. B. in Lindenau 5 Gr. f. Frau Dittich; v. B. Kirchner in Neudörfel 1 Thlr.; von den Parteigenossen Biersee 23 Gr.

## Für Feuerbach.

Von Julius Obr. in Lob bei Schwelm 1 Thlr. 1/2

## Quittung.

Es sind uns zur Unterstützung zugegangen: 35 Thlr. durch Herrn Eilbed (Demokratische Ztg.) 1 Thlr. Verein der Arbeiter Hohenheim-Ernstthal. 8 Thlr. Leipzig, Arbeiterverein durch Bedel. 1 Thlr. Hamburg, ungenannt. 2 Thlr. Berlin, Dr. Jakob. 1 Thlr. aus Konneburg, Arbeiterbildungsverein d. Hrn. Fuchs. 6 Thlr. aus Jena, mit dem freundlichen Gruß „Gut Heil!“ 3 Thlr. vom Arbeiterverein aus Reichenbach d. G. H. Seidel. 4 Thlr. Volkverein zu Froburg d. Otto Häupler. 8 Thlr. 15 Sgr. bei einer Abendunterhaltung gesammelt, erhalten d. Hrn. Erag und Lange. 9 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf. durch die Redaktion des „Grimmischen Bürger- und Bauernfreund“. 1 Thlr. Frau Kuback aus Baugen. 16 Gulden aus Reichenberg in Böhmern d. H. V. Schiller. 5 Gulden durch Herrn Anton Hofmann aus Braunau, beides durch Sammlung bei einem Arbeiterballe.

5 fl. sind mir durch Herrn Hofmann als Unterstützung der Knegeauer Arbeiter übergeben worden.

Mit bestem Danke und der Bitte an die Parteiblätter um gef. Notiznahme von der Quittung Frau V. Dittich.

## Briefkasten.

der Redaktion. Gdn. Die Photographie Blanqui's werden wir wohl in Kurzem erhalten und dann vervielfältigen lassen. — J. Lippmann in Mainz. S. vorigen Briefkasten. Ein Brief an Sie ward als unbestellbar retournirt.

R. in Berlin: Engelhardt, Schuhmacherstr. in Meerane: H. Albert, gr. Webergasse 4, Glauhan.

der Expedition: Hof, Regensburg f. Schrift. 4 Thlr. — Fr. St. in Berlin 1 Thlr. 3 Sgr. f. Schrift. erh. R. W. in Prag: Bitte um Mittheilung einer Adresse, an welche ein Brief zur Beantwortung der Fragen gesandt werden kann. H. Wilhelm in Hohenheim-Ernstthal: die 7 Thlr. sind nicht an mich abbezahlt worden, wegen der Annonce muß ich erst rechtfertigen.

## Für Newyork.

Sektion I der Internationalen Arbeiter-Assoziation (Allgemeiner Deutscher Arbeiter-Verein) zu Newyork veranlaßt sich jeden Sonntag Abend 8 Uhr im 10 Ward Hotel, coi (Ede) Broome u. Forsyth Str.

## Für Breslau.

### Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Sonntag, den 3. März Abends 6 Uhr gefällige Zusammenkunft mit Damen in Griebel's Restauration Breitenstraße 4 und 5. Da diesmal für ein günstiges Lokal sowie für gute Bewirtung Sorge getragen ist, so steht einer recht zahlreichen Beteiligung entgegen

G. Dehne.

## Für Köln.

### Öffentliche Versammlung der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei.

Sonntag, den 3. März morgens halb 11 Uhr im Lokale des Bierbrauers Widdorf, Ehibobtsstraße 102. Tagesordnung: Besprechung über Arbeiterstatistik. Alle Parteigenossen sowie alle Abonnenten des „Volkstaat“ sind zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Im Austrage: G. Heinrichs.

## Für Augsburg.

Literarischer Verein. Sonntag, den 3. März Nachmittags 3 Uhr Versammlung im Geisterhaus, Zahlreichem Besuch steht entgegen

## Für Hannover.

### Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Sonntag, den 2. März findet im Lokale des Herrn Bartling, Knochenbaurstraße 59, Abends punkt 8 Uhr Versammlung statt. Tagesordnung: 1) Sozialpolitischer Wochenbericht, Referent Lohmeier. 2) Vortrag über: Das Christenthum und der Sozialismus, Referent Reichel. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist Ehrensache. Freunde sind willkommen.

Der Vorsitzende.

## Für Ronneburg.

### Sozial-demokratischer Volksverein.

Sonntag, den 3. März Abends punkt 7 Uhr Hauptversammlung im Vereinslokal (Schiefhaus). Tagesordnung: 1) Besprechung über das Vergnügungsfest. 2) Umfrage.

Der Vorstand.

## Für Leipzig.

### Einladung zum Kränchen der Gewerkschaft der Holzarbeiter

und deren Sektionen, der Glaser, Böttcher und Stellmacher in den Räumen der Centralhalle, Sonnabend, den 2. März, Anfang 7 Uhr. Programm: Concert, Festrede von Herrn Bedel. Ball. Entree für Herren 2 Ngr., für Damen 1 Ngr. Tanzabzeichen 7 1/2 Ngr.

Alle Festnngsgenossen, Freunde der Gewerkschaft und die Mitglieder anderer Gewerkschaften werden zur Theilnahme hiermit freundlich eingeladen.

Den Mitgliedern zur Kenntnignahme, daß der Bevollmächtigte D. Stelzer nur in den Mittagsstunden von 12—1 Uhr expediren kann, und zwar in der Pianofortefabrik von Feurich, Weststraße.

## „Herr Vogt“

von Karl Marx (12 Bogen stark, groß Octav); die einzigen noch vorhandenen freien Exemplare sind durch die unterfertigte Expedition zu beziehen.

Der Erlös ist für die Kasse des „Volkstaat“ bestimmt, und ist der Preis per Expl. auf 3 Thlr. festgesetzt.

## Die Expedition des Volkstaat. (1)

Durch die Expedition des Volkstaat ist zu beziehen:

„La Revanche“ de la France et de la Commune, par un représentant au peuple de Paris. Preis 1 1/2 Ngr. (2)

„La Dernière Révolution“ Réponse a l'Assemblée Souveraine de Versailles, par le citoyen C. F. Gambon, Ex-représentant du Peuple, Membre de la Commune de Paris et du Comité de Salut public. Preis 5 Ngr.

## Bekanntmachung.

Den Lesern des „Volkstaat“ in Neudörf, Neudörfel, Volkmarzdorf, Zellerhausen, Grottdorf, Anger wird bekannt gegeben, daß vom 1. Februar an bei Herrn Schneider V. Pressel in Volkmarzdorf, Gwaldbt. 74/2 eine

## Filialexpedition

errichtet ist. Abonnements werden dort entgegen genommen, auch sind dorthin einzelne Nummern zu haben.

Leipzig, 30. Jan. 1872. Die Expedition des „Volkstaat“.

(3)

Leipzig: Verantw. Redakteur K. Dapner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag von F. Ebele.